

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktions-Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Der korporative Arbeitstarifvertrag.

II. Geschichte und Ausbreitung.

Die ersten Ansätze zu Tarifverträgen führen auf das Jahr 1818 zurück. Wohl hatten vorher in den mittelalterlichen Zunftverfassungen einzelne Vereinbarungen zwischen Gesellen und Meistern stattgefunden, die man aber kaum als Vorläufer der Tarifverträge bezeichnen kann, weil die modernen Arbeiterorganisationen erst die Grundlage dafür geschaffen haben. Zum Tarifvertrag, sowohl zu seinem ernsthaften Abschluß wie zur Garantierung seiner Einhaltung, sind Gewerkschaften mit öffentlicher Tätigkeit und moralisch verantwortlichen Organen erforderlich, somit ist das Koalitionsrecht eine Vorbedingung des Tarifabschlusses wie auch seiner Einhaltung.

Doch blicken wir einmal kurz auf die Zeit der Zünfte zurück. Sie versuchten in der Hauptsache die Regelung der handwerksmäßigen Produktion, was ihnen auch im großen und ganzen durch all die Jahrhunderte gelang, bis der Manufakturbetrieb einsetzte. Waren während der Blütezeit der Zünfte Meister wie Gesellen organisiert, so hatten letztere doch immer wieder die sichere Aussicht, Meister zu werden. Dadurch gerieten die gegenseitigen Interessen selten aneinander. Als nun aber nicht mehr für den Bedarf produziert wurde, sondern von unternehmungslustigen Geldgebern für den Markt, als ein Meister sich 10 und mehr Gesellen hielt und auf Lager anfertigen ließ für sein Risiko, da entstanden bereits zahlreiche größere Differenzen zwischen Meister und Gesellen.

Nun aber setzte die kapitalistische Entwicklung mit der Einführung der Maschinen in beschleunigtem Tempo ein und warf Zunftverfassung und Gewerbebeschränkung über den Haufen. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden immer häufiger übertreten, später ganz aufgehoben. Die Gewerfreiheit und Freizügigkeit gelangten zur Durchführung. Der schrankenlose Individualismus wurde zum Prinzip erhoben und die Manchestertheorie des laissez faire, laissez aller (laß gehen, wie's geht!) feierte Triumphe.

Die Industrie hatte freie Bahn und entwickelte sich in ungeahnter Weise. Ungeheure Menschenmassen strömten vom platten Lande in die Industriezentren, wo sie von den nimmer rastenden Maschinen zur Bedienung usw. benötigt wurden.

Der einzelne Unternehmer beschäftigte oftmals hunderte und tausende Arbeiter, die von der vielgerühmten „Freiheit“ bei Strafe von Arbeitslosigkeit und Hunger keinen Gebrauch machen konnten. Die unbegrenzte Ausbeutungsfreiheit des Unternehmers schaffte diesem ungeheure Profite, während die Massen trotz emsiger Arbeit in steter Sorge vor Armut und Arbeitslosigkeit waren. Die zu Anfang überaus schwach entwickelten Gewerk-

schaften vermochten nur in vereinzelten Fällen Besserung zu schaffen.

Und doch waren die Arbeiterorganisationen einstweilen die einzige Waffe, die den Unterdrückten und Ausgebeuteten zur Verfügung stand. Mit dem immer stärker anwachsenden Kapitalismus aber wuchs die Masse der Ausgebeuteten und Bedrückten und in verstärktem Maße kam ihnen ihre Lage zum Bewußtsein. Sie verlangten gesetzliche Reformen: politische Gleichberechtigung, volle Koalitionsfreiheit. Seitdem sind mehrere Generationen ins Grab gesunken. Die Ausdehnung und Konzentration des Kapitals ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Aber auch die Arbeiter haben gelernt, durch Zusammenschluß in den modernen Gewerkschaften ihre Macht zu gebrauchen. Wir leben heute im Zeitalter der Wirtschaftskämpfe. Streiks und Aussperrungen nehmen ungeheure Dimensionen an, und bereits hat die deutsche Arbeiterklasse einen nicht unerheblichen Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung erlangt.

Alle Arbeiterschutzgesetze, sozialpolitische Verbesserungen und sonstige Errungenschaften der Arbeiter sind letzten Endes nur ein Beweis für die fortgesetzt im Anwachsen begriffene Macht der deutschen Arbeiterbewegung.

Währenddessen sind jedoch unsere speziellen wirtschaftlichen Gegner nicht müßig geblieben. Sie haben sich oftmals nach unserem Muster Unternehmerorganisationen geschaffen. Interessenvertretungen der verschiedenen Berufe sind entstanden, die den einzelnen Unternehmer unter die Fittiche nehmen und ihn bei Streiks usw. schadlos halten. So stehen sich zwei wohlgerüstete Armeen gegenüber, die, je stärker sie werden, um so größere Verantwortung tragen bezüglich eines ausbrechenden Kampfes.

Die Tarifverträge sind nun, wie wir bereits im ersten Artikel dargelegt haben, der wohlwogene Waffenstillstand, den zwei annähernd gleich starke Gegner abschließen.

Seitdem die Arbeiter das Kampfmittel des Streiks zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anwenden, endete jede erfolgreich durchgeführte Bewegung mit einem Abkommen über die künftige Gestaltung des Arbeitsvertrages für die Frieden schließenden Parteien. Die Arbeiter haben sich aber nur zu oft genarrt. Schon nach wenigen Wochen „vergassen“ die Unternehmer, welchen Preis sie für die Wiederaufnahme der Arbeit zu zahlen verheißen hatten. Sie gingen mit Lohnabzügen, mit der Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit vor und zwangen die nun vereinzelt und ihnen ausgelieferten Arbeiter unter ihrem Willen. Nicht selten entbrannten aus diesem Anlaß neue Kämpfe, in der Regel mußten sich aber die vor kurzem siegreichen Arbeiter knirschend unter das Joch der treulosen Unternehmer beugen, weil die Organisationen, die den Streik

herricht eine große Erregung, die gleichfalls in Spezialfragen ihren Ursprung hat. Offenbar aus Sparmaßnahmengründen wurde die Eintragung des Gesetzes zum zweiten Anlaufpunkt angeordnet, eine Maßregel, die gerade in der Frauenabteilung nicht mit Freude begrüßt wurde."

Demgegenüber können wir nur feststellen, daß diese Nachricht stark aufgebauscht ist. Es handelt sich in der betreffenden Angelegenheit nicht um 10, sondern um 8 Pfleger. Zimmerlin mag bei dieser Gelegenheit festgehalten sein, daß wir wiederholt auf die berechtigten Mängel aus der Anzahl Wohlfahrten hingewiesen haben. Möge die Deputation für die Berliner Krankenpflege endlich einmal den leidigen Mangel über die Anstaltskosten Beachtung schenken und für Abhilfe Sorge tragen!

Rundschau.

Ein epidemisches Auftreten von Diphtherie ist nach einer Mitteilung, die Dr. R. Vennhoff kürzlich in einer Sitzung der „Gesellschaft für soziale Medizin“ auf Grund amtlichen statistischen Materials machte, zuerst in Berlin mit Sicherheit zu konstatieren. Die Epidemie setzte etwa Anfang September vorigen Jahres ein und dauerte bis zum Schluß des Jahres; auch jetzt in den Anfängen der Epidemie noch nicht bemerkbar. Der Zahl der Erkrankungsfälle entsprach — von geringen Schwankungen abgesehen — die Zahl der Todesfälle. Immerhin hat, so schreibt „Der Tag“, die Heilermannbehandlung in dieser Zeit durchaus handhabbar; denn das prozentuale Verhältnis zwischen Erkrankungs- und Todesfällen blieb fast genau dasselbe wie vor dem. Ein Rückschlag auf die verflochtenen Jahre zeigt übrigens, daß die Sterblichkeit an Diphtherie mit dem Jahre 1893/94, wo die Serumbehandlung einsetzte, gegen früher herabfiel und sich bis heute ständig auf dem gleichen niedrigen Standpunkte gehalten hat. Dr. Vennhoff läßt die Frage unentschieden, ob das tatsächlich auf die Wirkung des Heilserums oder auf den milderen Charakter der Epidemie zurückzuführen ist. — Hingegen veröffentlicht Professor Dr. Bourget in Louvain einen allgemein interessanten Bericht: Ueber die gegenwärtige Diphtheriebehandlung, in dem es u. a. heißt: „Der moderne Arzt läßt sich überhaupt nicht mehr auf eine örtliche Behandlung ein. Er begnügt sich, 10, 20, 30 und mehr Kubikzentimeter Diphtherieheilmittel einzuspritzen und ruht die Wirkung dieses Heilverfahrens abzuwarten. Wegen des Mehltaufs gibt er sich keinen Zweifel mehr hin. Wenn jedoch die Heilung nicht eintreft, so ist er geneigt, weil Nadelsteiche und Laten an die zweifelslos schreckliche Spezifität des Diphtherieheilmittels nicht nur als Heilmittel, sondern auch als Propagatorium abzugeben. Die Gesamtzahl der nachstehend erwähnten Fälle ist nicht so hoch, daß aus ihr weitgehende Schlussfolgerungen gezogen werden können; aber es muß berücksichtigt werden, daß es sich um schwere Fälle handelt. Es werden tatsächlich nach dem Hospitavillon des Strantheibanks nur die verzweifeltsten Fälle geschickt, die zuzufinde nicht behandelt werden können. Prof. Bourget behandelte von 1899 bis 1907 603 Diphtherieerkrankte. Von diesen wurden ohne Zuzufinden behandelt 181 mit 2 Todesfällen, mit Injektion 176 mit 16 Todesfällen. Die bakteriologische Diagnose ist jedesmal gemacht worden. Vergleich die bakteriologische Untersuchung notwendig ist, haben wir doch sehr langen schon die Wahrnehmung gemacht, daß die Anzahl und Art der infizierenden Mikroorganismen keine große Bedeutung in bezug auf den Charakter der Krankheit haben. Wir anderen Worten: die bakteriologische Untersuchung bietet uns keinen Fingerzeig für die Prognose. Wir haben schwere Diphtherieerfälle, gesehen mit sehr wenigen tödlichen Bakterien und leichte Diphtherien, die sich in 3 bis 4 Tagen entwickelten, und deren Wundmentbranen von langen und kurzen tödlichen Bakterien streuten. Um die Diagnose zu stellen und uns bezüglich der Prognose äußern zu können, müssen wir uns demnach hauptsächlich auf die klinischen Symptome stützen. Wahrscheinlich ist die Reaktion auf diese oder jene Art von Infektion durch Mikroorganismen eine individuelle Eigenschaft. Aus diesem Grunde habe ich mich nicht geübt, einen Winken bei dem vielen Vorgehen auf die best. den Eigenschaften des Diphtherieerums entgegen zu treten, und ich stehe nicht an, zu behaupten, daß letzteres die ihm zugeordneten spezifischen heilenden Eigenschaften nicht verliert.“ Danach erdeint also der Wert des Heilserums als recht problematisch.

Studentenbewegungs-Monarchie. Der „Borm.“ schreibt: Zeit einer „Zeit“ der Barm für Studentenfrage. Die Barm von sich selbst, daß er in einem der Berliner höchsten Mann, nämlich die drei letzten großen Mann, um ihnen ihre Studien zu machen, ein wenig erfolgreich zu machen, Monarchien aufzubauen verstanden. Die Idee ist ganz einfach, unterrichten. Aber man hat dann das unheimliche Gefühl, als ob der Staat, den man nicht in der

zu verdrängen, nicht in erster Linie steht, sondern als ob es den Veranlassern nebenbei auch darum zu thun ist, mehr oder minder talentierten Dilettanten den Weg zur Karriere zu eröffnen. Man kann ihnen das schließlich nicht verdenken, denn heutzutage will jeder mehr denn je leben. Und der gewählte Weg, bekannt zu werden, ist sicher noch nicht der schlechteste. Doch uns hilft dabei unwillkürlich die Erinnerung auf, wie dieselbe Geschichte früher gelaufen wurde. Schon in den abdtigen Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden die ersten größeren Morseraufführungen für Armenthauspatienten statt, und zwar in der südlichen Jren-anstalt Dalsdorf. Damals war unter den Berliner Mäntlern ein wüthlicher Weistreib entstanden, wer zu diesem Liebeswerk beitragen solle. Nicht Dilettanten wollten mithin, sondern eine Strafe an den Berliner Bühnen. Leider stante diese habdige Verhängung der Rächtseliebe schon nach ein paar Jahren wieder ab, weil die Mäntler an diesem traurigen Orte nicht das gleiche Verhältniß finden konnten wie in anderen Armenthäusern, und schließlich in sie ganz eingeschlafen. Heute wirken die Weistreiber selbst bei ihren regelmäßigen Heilthätigkeiten als Schaupießer und Sängler mit oder es werden in selteneren Fällen reifende Singgesellschaften dritten und vierten Grades engagiert. Wir wollen hoffen, daß der Verein für Armentfürsorge seine Liebesthätigkeiten auch auf die Jren-anstalten ausdehnen wird.

Arztliche Betrachtungen über den Sport.
Mit der zunehmenden Ausbreitung des Sports werden auch an den Arzt, als den Berater der Menschen in gebunden und kranken Tagen, immer mehr Fragen nach der hygienischen Bedeutung des Sports gestellt. Fragen, die, wie Professor Dubois-Reymond hervorhebt, nach dem heutigen Stand der Wissenschaft oft gar nicht beantwortet werden können. Und doch wird die ärztliche Wissenschaft in gar vielen Fällen zu Hilfe gerufen, sie soll auf der einen Seite die Vortheilhaftigkeit des vernünftigen, getriebenen Sports verdeutlichen und soll auf der anderen Seite vor den Gefahren tödlicher Gewaltleistungen warnen. In vielen Streifen hat sich die Ansicht über die Nützlichkeit des Sports etwas geändert. Man sagt, daß, auch bei uns schon heute auf die herrliche Ausbildung zu viel Gewicht gelegt wird, also wolle man nur Arbeiter und Schnellläufer erziehen. Nicht selten wird beim Sport die Muskelthätigkeit allein als maßgebend angesehen, sie bildet aber in Wirklichkeit durchaus nicht den wesentlichsten Teil der Verfassungen; mindestens ebenso wichtig ist die Hebung für das Nervensystem, welches die Muskulatur beherrscht und zugleich Atmung, Nahrung und Ernährung der Muskelthätigkeit anpaßt. Es ist also nicht anamäsig, die Wertung des Sports auf den Organismus allein an der Aenderung des Pulses und der Atmung messen zu wollen. Wenn man darauf hinweist, daß durch den Sport schwere Morberkrankungen entstehen, so verweist Dubois-Reymond auf England, wo der öffentliche Wettseiler viel schlimmer ist, wie bei uns, und doch keine, die ihre Gesundheit durch Hebertänzen ruinirt haben, dort durchaus nicht häufig. Ihren Mißbrauch und eigentlichen Schaden nach Sinnen die Verordnungen mit der Befriedigung des Bewegungstriebes, der aus dem Ueberdruß, an aufgebender Energie empfindet. Durch die Befriedigung dieses Triebes nimmt aber die Vernunftsfähigkeit und damit die Widerstandsfähigkeit des Körpers zu. Daher ist der Bewegungstrieb vom medizinischen Standpunkt als eine Schutzmaßregel anzusehen.

Briefkasten.

Dr. B. Das Zedingsdiplom mußten wir, weil veraltet, leider ausbilden, also im Jahnst! nichts in der Zedde heden lassen und nur eine Zeile beibehalten. Adl. Wrag! C. D.

Bade- und Krankenpflege-Personal von Dresden und Vororte!

Montag, den 2. März, abends 9 Uhr, Max-Strasse Nr. 13 1.

Öffentliche Versammlung.

Συμπεριφορικά:

1. Die Organisationsverhältnisse im Hause und Montenflegeter-
berauf.
2. Die Lage des Hauses und Montenflegeterorgane.
Bücherei: Stuttgart 25 u. 11.
3. Gesamtdarstellung.

Der Winterer.

Verlag: In Vertretung des Verfassers des Buches, des Verlagsleiters, Hermann, Sohn, in Berlin, in der Berliner Straße 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Der korporative Arbeitstarifvertrag.

II. Geschichte und Ausbreitung.

Die ersten Ansätze zu Tarifverträgen führen auf das Jahr 1818 zurück. Wohl hatten vorher in den mittelalterlichen Zunftverfassungen einzelne Vereinbarungen zwischen Gesellen und Meistern stattgefunden, die man aber kaum als Vorläufer der Tarifverträge bezeichnen kann, weil die modernen Arbeiterorganisationen erst die Grundlage dafür geschaffen haben. Zum Tarifvertrag, sowohl zu seinem ernsthaften Abschluß wie zur Garantierung seiner Einhaltung, sind Gewerkschaften mit öffentlicher Tätigkeit und moralisch verantwortlichen Organen erforderlich, somit ist das Koalitionsrecht eine Vorbedingung des Tarifabschlusses wie auch seiner Einhaltung.

Noch blicken wir einmal kurz auf die Zeit der Zünfte zurück. Sie versuchten in der Hauptsache die Regelung der handwerksmäßigen Produktion, was ihnen auch im großen und ganzen durch all die Jahrhunderte gelang, bis der Manufakturbetrieb einsetzte. Waren während der Blütezeit der Zünfte Meister wie Gesellen organisiert, so hatten letztere doch immer wieder die sichere Aussicht, Meister zu werden. Dadurch gerieten die gegenseitigen Interessen selten aneinander. Als nun aber nicht mehr für den Bedarf produziert wurde, sondern von unternehmungslustigen Geldgebern für den Markt, als ein Meister sich 10 und mehr Gesellen hielt und auf Lager anfertigen ließ für sein Risiko, da entstanden bereits zahlreiche größere Differenzen zwischen Meister und Gesellen.

Nun aber setzte die kapitalistische Entwicklung mit der Einführung der Maschinen in beschleunigtem Tempo ein und warf Zunftverfassung und Gewerbebeschränkung über den Haufen. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden immer häufiger übertreten, später ganz aufgehoben. Die Gewerbe- und Freizügigkeit gelangten zur Durchführung. Der schrankenlose Individualismus wurde zum Prinzip erhoben und die Manchestertheorie des laissez faire, laissez aller (laß gehen, wie's geht!) feierte Triumphe.

Die Industrie hatte freie Bahn und entwickelte sich in ungeahnter Weise. Ungeheure Mengenmassen gelangten vom platten Lande in die Industriezentren, wo sie von den immer rastenden Maschinen zur Bedienung usw. benötigt wurden.

Der einzelne Unternehmer beschäftigte oftmals hunderte und tausende Arbeiter, die von der vielacribierten „Freiheit“ bei Strafe von Arbeitslosigkeit und Hunger keinen Gebrauch machen konnten. Die unbegrenzte Ausbeutungsfreiheit des Unternehmers schaffte diesem ungeheure Profite, während die Massen trotz emsiger Arbeit in steter Sorge vor Krankheit und Arbeitslosigkeit waren. Die zu Anfang überaus schwach entwickelten Gewerk-

schaften vermochten nur in vereinzelt Fällen Besserung zu schaffen.

Und doch waren die Arbeiterorganisationen einstweilen die einzige Waffe, die den Unterdrückten und Ausgebeuteten zur Verfügung stand. Mit dem immer stärker anwachsenden Kapitalismus aber wuchs die Masse der Ausgebeuteten und Bedrückten und in verstärktem Maße kam ihnen ihre Lage zum Bewußtsein. Sie verlangten gesetzliche Reformen: politische Gleichberechtigung, volle Koalitionsfreiheit. Seitdem sind mehrere Generationen ins Grab gesunken. Die Ausdehnung und Konzentration des Kapitals ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Aber auch die Arbeiter haben gelernt, durch Zusammenschluß in den modernen Gewerkschaften ihre Macht zu gebrauchen. Wir leben heute im Zeitalter der Wirtschaftskämpfe. Streiks und Aussperrungen nehmen ungeheure Dimensionen an, und bereits hat die deutsche Arbeiterklasse einen nicht unerheblichen Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung erlangt.

Alle Arbeiterkataloge, sozialpolitische Verbesserungen und sonstige Errungenschaften der Arbeiter sind letzten Endes nur ein Beweis für die fortgesetzt im Anwachsen begriffene Macht der deutschen Arbeiterbewegung.

Währenddessen sind jedoch unsere speziellen wirtschaftlichen Gegner nicht müßig geblieben. Sie haben sich oftmals nach unserem Muster Unternehmerorganisationen geschaffen. Interessenvertretungen der verschiedenen Berufe sind entstanden, die den einzelnen Unternehmer unter die Fittiche nehmen und ihn bei Streiks usw. schadlos halten. So stehen sich zwei wohlgerüstete Armeen gegenüber, die je stärker sie werden, um so größere Verantwortung tragen bezüglich eines ausbrechenden Kampfes.

Die Tarifverträge sind nun, wie wir bereits im ersten Artikel dargelegt haben, der wohlverwogene Waffenstillstand, den zwei annähernd gleich starke Gegner abschließen.

Seitdem die Arbeiter das Kampfmittel des Streiks zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anwenden, endete jede erfolgreich durchgeführte Bewegung mit einem Abkommen über die künftige Gestaltung des Arbeitsvertrages für die Frieden liebenden Parteien. Die Arbeiter haben sich aber nur zu oft genarrt. Schon nach wenigen Wochen „versäßen“ die Unternehmer, welchen Preis sie für die Wiederaufnahme der Arbeit zu zahlen versprochen hatten. Sie gingen mit Lohnabsätzen, mit der Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit vor und zwangen die nun vereinzelt und ihnen ausgelieferten Arbeiter unter ihren Willen. Nicht selten entbrannten aus diesem Anlaß neue Kämpfe, in der Regel mußten sich aber die vor kurzem befreiten Arbeiter wiederum unter das Joch der treulosen Unternehmer beugen, weil die Organisationen, die den Streik

geführt hatten, durch den Kampf erschöpft oder an anderen Orten mit ihren Mitteln in Anspruch genommen wurden, oder weil der Streik von einer Flöhe zu diesem Zwecke zustande gekommenen Situation geführt wurde, die nach dem Anhören der Arbeitseinstellung Macht oder gar Bestand verloren hatte. Es ergab sich für die Arbeiter das Bedürfnis, nach Mitteln zu suchen, um sich ihre im Kampf gemachten Errungenschaften zu sichern. Die Stärkung der Gewerkschaften, die weitere Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu ihnen nach Erreichung eines hohen Grades, die Anbahnung eines Streikfonds, der Auslassung der Kampfregeln in den Streikreglements waren die Methoden, um den Unternehmern den Vertragsbruch zu erschweren. All dies bildete auch die Voraussetzung für die formellen Vertragsabschlüsse zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen für ihre Tarifverträge. Daß diese immer mehr ausgearbeitet, mit immer mehr Garantien umgeben werden, daß sie in immer klarere, willkürlicher Auslegung entrückt werden gebracht wurden, lehrt der Vergleich der Tarife aus früheren Jahren und der in letzter Zeit abgeschlossenen.

Die größten Leistungen auf dem Gebiet des Tarifabschlusses und der Tarifdurchführung weisen die Buchdrucker auf, weil sie am frühesten nach kollektiven Arbeitsvertragsabschlüssen getreut haben, so daß die Tarife eher als bei den anderen Gewerkschaften Gemeingut aller Arbeiter des Gewerbes wurden, und weil sie lange vorher vorzüglich ausgebildete Organisationen besaßen als die meisten anderen Gewerkschaften ihnen früher an Mitgliederzahl, durchgebildeter Schichtung der Massen und an Geldmitteln überlegen waren. Im Jahre 1818 zog die Bewegung der Buchdrucker die Aufmerksamkeit auf sich. In einer Petition an die Deutsche Nationalversammlung stellten sie ein sozialpolitisches Programm auf; sie hielten Gewerkschaftskongresse ab, entwarfen einen Tarif, verurteilten Verhandlungen über ihn mit den Unternehmern, führten deshalb einen großen Lohnkampf, gründeten einen Verband, gaben ein Gewerkschaftsblatt heraus, so sie brachten einen lokalen Tarif in Leipzig zustande.

Trotz der hereinbrechenden Reaktionen der 50er Jahre war nun der Tarifgedanke nicht mehr ganz fortzubringen. Mitte der 60er Jahre schlossen sich Tabakarbeiter und Puddelröcker einem Zentralverband. Die letzteren führten heftige Kämpfe um einen deutschen Buchdrucker-Tarif, der 1873 in Kraft trat. Wir müssen hier die historisch überaus wichtigen und interessanten Kämpfe um diesen Puddelröcker-Tarif übergehen. Am schiel noch: Der Tarifkommissioner (Ank. 1902) umfaßte bereits 172 Tarifstellen, während der 1908 erlassene 336 Zeiten Umfang hat. Das gibt ein ungefähres Bild seiner Vielgestaltigkeit. Durch die vielen technischen Wandlungen, wie Zermalminen usw., im Betrieb, hat sich die Tarifgemeinschaft der Puddelröcker immer mehr vervollständigt, und Braun dürfte das rechte treffen a. a. O.: „Ohne die Tarifgemeinschaft und die sie stützende Gewerkschaftsorganisation mit ihren reichen Mitteln und angestrebten Unterstützungseinrichtungen wie der Staat angestrebten Zählung und Zielen der Gewerkschaft mit alledem wäre die Arbeiterkraft des Gewerbes heute schon bejagt und von einer dauernden Arbeitslosigkeit gelöst.“

Am Pangerwerbe bestehen zwar die meisten Tarife, doch ist der Geltungsbereich zumeist lokaler Natur oder er beschränkt sich auf einen großen Bezirk. Zudem haben während der „Pangerwerbe“ die polenisierte Industrie, zum mindesten den Ablauf der Betriebe megalen einseitig zu gestalten, um wie durch Geheimintelligenz bekannt wurde gelegentlich auf der ganzen Linie den Kampf führen zu können.

Die gleiche Entwicklung hat sich auch in der Holzindustrie, wo die Bezirkstarife in der Mehrheit sein dürften.

In der Metallindustrie sind verhältnismäßig wenig Tarifverträge zustande gekommen. Hier behaupten die

Hilfsmänner und andere Schwarzarbeiter zum Teil noch derart das Feld, daß sie es „nicht nötig haben“, sich in Tarifgemeinschaften zu begeben. Wenigstens befinden sich die Herren in dem Wahn, der immer mächtiger anwachsenden Organisation der Metallarbeiter noch eine Weile Tron bieten zu können. Aber schon mehrten sich die Stimmen im Arbeitgeberlager, die Vermunft predigen, und selbst die „Deutsche Arbeitseinstellung“ sieht den Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die Erbsengewaltigen ihre Taktik wandeln müssen. Immerhin sind eine Anzahl Tarife abgeschlossen für Schläger, Klempner, Installateure usw.

Die Zeiten des Sozialistengesetzes (1878-1890) waren schon wegen der verhältnismäßigen Schwäche der Gewerkschaften für Tarifabschlüsse wenig geeignet. Ebenso die folgenden Jahre, die zum Teil im Zeichen der Wirtschaftskrise standen. Mitte der 90er Jahre beginnt die neue Prosperitätsperiode in der deutschen Volkswirtschaft. Überall werden „Hände“ verlangt. Die Gewerkschaftsorganisationen entwickeln sich in nie geahnter Weise. Vorbereitung durch erhöhte Leistungen und Ausbau der Unterstützungseinrichtungen erfolgen, und neben zahlreichen Streiks mit dem Siege der Arbeiter mehren sich die Zahl der „Arbeitslosen“ Lohnernennungen. Das Unternehmertum beugte sich zum Verhandeln, tausende kollektiver Arbeitsverträge werden abgeschlossen, für hunderttausende Arbeiter werden die Arbeitsbedingungen in Einklang mit der Arbeiterorganisation mit der Unternehmerorganisation festgelegt, indirekt üben diese Verträge auf Millionen anderer Arbeiter günstige Wirkungen.

Vergleichen die Zahlen der amtlichen Statistik von 1903, 05 wie auch die Angaben von Hannu (Ank. 1902) verallgemeinert, läßt sich doch ein ungefähres Bild daraus geben, wie weit der Tarifvertrag gegenwärtig gediehen ist. Danach gab es Mitte 1905 1577 Tarife. Davon waren 6 Generaltarife für das großstädtische Gewerbe und weit über 100 Einzel- oder Bezirkstarife für das Pangerwerbe. Für die Holzindustrie sind gegenwärtig (Ank. 1902, 26. Jahrgang, Bd. 1, S. 307) 295 Orte tariflich gebunden mit circa 100.000 Arbeitern. Es seien noch genannt: Brauer 156, Schneider 137, Köpfer 118, Steinmetze 57, Sackarbeiter 11 Tarife, Eisener, Steinmetze, Schuhmacher je 32, Puddelröcker 21, Taddeder 21, Zirkelgraben, Zirkelgraben 5; seitdem sind aber zahlreiche Tarife bei den verschiedenen Gewerben hinzugekommen.

Nach der amtlichen Statistik sind 367.000 bis 477.000 Arbeiter durch Tarife gebunden. A. Braun schätzt für Ende 1907 die Zahl der durch Tarife gebundenen Arbeiter auf rund eine Million. Neben den direkt durch Tarife gebundenen Arbeitern finden sich aber noch hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Arbeitsbedingungen bestimmt werden durch die oft weit ausstrahlenden Wirkungen der Tarife. Diese indirekte Wirkung ist in hohem Maße bedeutungsvoll und nicht selten der Anstoß für das Entstehen neuer Tarife.

Nach all den Erfahrungen der letzten Jahre auf tariflichem Gebiet läßt sich jedenfalls zusammenfassend sagen: Die Tarife haben an Gewicht und Charakter der Arbeitsbewegung nicht geändert. Nur oberflächliche Betrachtung kann in den Tarifen ein Zeugnis des Kampfes um bessere Lohn und Arbeitsbedingungen sehen. Eine Langzeit der Mitglieder in ihren weiteren gewerkschaftlichen Bestrebungen tritt nicht ein. Der Abschluß der Tarife in die volle und uneingeschränkte Anerkennung der Organisation und das Zustandekommen der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. In dem Maße, wie diese Gleichberechtigung seitens der Arbeiter erkämpft wird, wächst auch die Übermacht, das Lohnbewußtsein aller beteiligten Arbeiter. Mit Aufwahrung aller Kräfte setzen wir so im harten Kampf um ein weiteres Ziel auf dem Wege zur vollen

Anteilnahme an den Gütern der Kultur!

*) Gewerkschaftliche Friedensdokumente, von Hannu J. a. a. O. 1906, 1907, 1908.

Der Lübecker Senat und seine Arbeiter.

Unsere Lübecker Kollegen haben in jüngster Zeit verschiedentlich Gelegenheit gehabt, die Rückständigkeit des Senats in sozialen Fragen bewundern zu können.

Herr Senator Eschenburg hatte in der Bürgerschaftssitzung vom 9. Dezember 1907 bei Behandlung der Lohnfrage der Staatsarbeiter unter anderem erklärt, daß die Bezüge der Staatsarbeiter wohl ausreichend seien. Sie wären in den letzten Jahren um soviel gestiegen, als dies die Teuerung bedingt. Zu einer Lohnhöhung liege deshalb kein Anlaß vor. Man solle die Arbeiter auch nicht mit Beamten vergleichen. Letztere hätten ein festes Arbeitsverhältnis, während sich die Löhne und Arbeitsbedingungen nach Angebot und Nachfrage richteten, die Löhne auch bald wieder sinken würden. In Konsequenz dieser Ausführungen wurde denn auch die von unseren Genossen beantragte Teuerungszulage für die Staatsarbeiter abgelehnt.

Kurze Zeit darauf zog der Senat die praktische Anwendung aus diesen Äußerungen. Am 23. Dezember 1907 wurde der im Sommer 1907 auf 40 Pf. erhöhte Stundenlohn der Wasserbauarbeiter auf 36 Pf. herabgesetzt. Die Verwaltung mußte also die wirtschaftliche Konjunktur, die Arbeitslosigkeit der Massen, zu Lohnreduktionen aus. Da kann man aber sicherlich nicht davon reden, daß Staatsbetriebe Rußerbetriebe sind, denn in der Privatindustrie in Lübeck werden allenthalben bedeutend höhere Löhne gezahlt wie beim Vater Staat. (40 bis 50 Pf. für ähnliche Arbeit.)

Die Kollegenchaft ist mit dieser Regelung freilich nicht einverstanden gewesen. In einer Versammlung am 5. Januar dieses Jahres nahm sie hierzu Stellung und beschloß eine Resolution, in welcher Protest gegen die Herabsetzung der Löhne der Wasserbauarbeiter von 40 auf 36 Pf. erhoben und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß der alte Lohnsatz wieder zur Einführung gelange. Der Senat, dem diese Resolution eingereicht worden war, ließ den Arbeitern durch Herrn Raurat Krebs verkünden, daß sie nicht fordern, sondern nur vorzüglich werden sollten. Zugelagt hat man den Wasserbauarbeitern jedoch nicht wieder, trotzdem der Raurat zugeben mußte, daß 34 bis 36 Pf. Stundenlohn zu minimal seien; man könnte ja die 40 Pf. wieder zahlen, aber dann müßten die Unzufriedenen hinausgeworfen werden!

Und in der Tat, das Hinauswerfen ist gar bald besorgt worden. Sechs Kollegen vom Wasserbau wurden am 1. Februar abgelehnt, trotzdem im gleichen Monat acht Arbeiter eingestellt wurden. Allem Anschein nach sind eine Anzahl Vorgesetzte unserer Organisation besonders abhold. In neuerer Zeit waren verschiedentlich kleinere Liebenswürdigkeiten und auch Entlassungen in anderen Werken zu

verzeichnen. Von den Arbeitern werden diese als Maßregelungen betrachtet. Um nun dergleichen zu entgehen, hat ein Teil der Beschäftigten ihren Arbeitsplätzen von vornherein Valet gesagt. Bei den Maßregelungen hat man speziell für den Verband tätige Kollegen herausgesucht, hier und da hat man andere getroffen.

Offenbar soll dieser neueste Bezug unserer Organisation gelten. Helfen wird das den Herren der Lübecker Staatsverwaltung aber nichts, denn die Verhältnisse sind bekanntlich mächtiger denn einzelne Personen. Man wird daher die „Störenfriede“ nicht los werden, sondern die ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Lübecker Staat werden immer wieder neue Kämpfer für eine Verbesserung ihrer Lage erziehen lassen.

Deshalb bedeutet das Beginnen der Lübecker Verwaltung zwar hier und da eine kleine vorübergehende wirtschaftliche Schädigung für den einzelnen, andererseits jedoch eine desto größere Aufzettelung der Massen und Verbreiterung der Organisation.

Mögen die Herren im Senat und den Betriebsverwaltungen nur so weiter arbeiten, wir werden unsere Mitglieder nach Kräften schadlos halten und durch solche Attacken in letzter Linie Nutzen für unsere Organisation herausziehen. Die Kollegen werden dann noch seher als bisher zum Verbands gehören. A. W.

Die Forderungen der Bremer Kollegen zum Etat 1908.

Auch der bremische Staat als Arbeitgeber zahlt in seinen verschiedenen Betrieben noch Löhne, die mit den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Wird doch eine große Anzahl Staatsarbeiter unter 4,00 Mk. pro Tag entlohnt. Schon vor mehreren Jahren sind zu verschiedenen Malen seitens der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion sowie auch von den Staatsarbeitern selbst 4 Mk. Minimallohn für Staatsarbeiter gefordert worden. Aber der Senat sowie die liberale Bürgerschaftsmehrheit lehnten diese Forderungen bisher immer ab. Wenn nun vor einigen Jahren 4 Mk. als das mindeste für die Arbeiter angesehen und gefordert wurde, so sind unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen selbst 4 Mk. als zu wenig zu betrachten. Aber wie schon oben angeführt, wird eine große Anzahl Staatsarbeiter noch weit unter 4 Mk. pro Tag bezahlt. Nicht traurige Zustände trifft man daher unter den so niedrig entlohten Staatsarbeitern an, eine natürliche Folge der völlig ungenügenden Entlohnung. Zu wenig Lohn bedeutet Not und Elend, Verkünder des Familienglücks, schlechte Kindererziehung, tagtägliche Sorgen und im Hintergrund lauert der Alkoholismus.

Wir wissen nun allerdings, daß der Senat sowie die Bürgerschaft sich mit den Lohnforderungen der Arbeiter nicht gern abgeben,

Die Bedeutung der Organisation.

Von Slav Kringsen.

(Aus dem Norwegischen.)

Wir verkaufen unsere Arbeitskraft wie eine Handelsware — die Produkte, über die haben wir keine Kontrolle. Wenn wir unsere Ware, die Arbeitskraft, nicht an den Mann bringen in dem Augenblick, da wir sie ausüben, ist sie unrettbar, ohne den geringsten Erlaß, verloren. Und wir alle zusammen drängen auf den Markt mit unserer Ware, so daß die, die am allerbilligsten verkaufen können, den Preis bestimmen und damit den Lebensstandard für alle die anderen nach oben abgrenzen. Der Markt wird zu einem Wettstreit, den der gewinnt, der am kleinsten zu leben vermag.

Das Kapital verfügt über die Produkte. Es kann ruhig daliegen und warten, ohne den geringsten Schaden zu erleiden. Es kann unsere Arbeitskraft kaufen oder darauf verzichten und das selbe Kapital kann am nächsten Morgen auf den Markt treten, eben so jung und frisch wie vormals.

Unsere Arbeitskraft in unauflöslich an unsere Person gebunden. Es ist also nicht gleichgültig für uns, wie unsere Arbeitskraft angewendet wird, zu reiner Arbeit, in einem hellen und gesunden Raum oder in einer Kiste.

Nach den Kapitalisten ist es vollkommen gleichgültig, wo sein Kapital, das in den Produkten liegt, angewandt wird. Seine Aktien sind gleich gut, ob sie in einem Absatzgeschäft, in einer Gummifabrik oder im Diamant-handel angewandt sind. Der Champagner schmeckt ihm gerade so gut. Für ihn kommt es nur auf die Sicherheit an.

Das Kapital organisiert sich. Und beim Kauf der Arbeitskraft tritt es immer organisiert auf. Wir Menschen müssen uns in Organisationen zusammenschließen, wenn wir etwas aus-

richten wollen. Denn wir müssen immer das Schlechteste, das gegeben wird, entgegennehmen, sobald wir als einzelne auftreten. So sind die Verhältnisse, wenn wir keine Organisation haben.

Sobald wir unsere Organisation ins Leben haben, verhandelt wie gemeinsam mit dem organisierten Kapital und mit den organisierten Kapitalisten. Wir haben in unserer Organisation unsere Arbeitskraft akkumuliert und wir können Forderungen auf bestimmte Lohnbedingungen stellen, Forderungen stellen darauf, wie unsere persönliche Arbeitskraft angewendet werden soll, wie lang der Arbeitstag sein soll und nach und nach Forderungen, die sich auf alle die Bedingungen erstrecken, unter denen unsere Klasse leben soll.

Wenn wir die meisten in die Organisationen gebracht haben, so daß die, die außerhalb stehen, keine Bedeutung mehr haben, können wir Bedingungen stellen, soweit die Produktion sie zu tragen vermag, und die Kapitalisten werden in den Hintergrund gedrängt. Das will sagen: wir können Herren werden.

Noch sind wir Sklaven, leider; darum, weil wir diese unsere Organisationen nicht fertig haben. Aber wir sehen den Weg klar und deutlich bis ans Ziel. Nicht allein über die Verhältnisse der Arbeiter können wir bestimmen durch unsere Organisation, wir können auch die wirtschaftlichen Bedingungen für die ganze Gesellschaft regeln und bestimmen.

Es gibt Leute, die schimpfen auf die Kapitalisten und die Kapitalistengesellschaft und lächeln über die schlechten Arbeitsbedingungen und über die mißablete Stellung der Arbeiter — sie gleichen Kunden, die den Mond anblicken. Solange wir als einzelne auftreten, ohne Organisation und nicht einmal unsere Arbeitsbedingungen durch gemeinsames Handeln verbessern mit den Arbeitgebern ordnen — solange verdienen wir keine anderen Bedingungen als die, die wir haben.

Nach vereinigt in der Organisation können wir uns erheben, Forderungen erheben und Recht und Respekt, ja, alles in allem, Bedeutung für die Gesellschaft erlangen.

Ja, wenn es sich um Millionenprojekte handelt, die im Interesse des Handels geschaffen werden sollen, dann ist die Sache in kurzer Zeit erledigt und bewilligt.

Arbeiterforderungen schiebt man gern an die Deputationen ab, dort erfährt dann kein Mensch, was da verhandelt wird und was aus den Forderungen überhaupt wird. Gewiß soll zugegeben werden, daß einzelne Deputationen den Arbeitern entgegengekommen sind und wenigstens einigermaßen bisher die Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt haben. Von der Mehrzahl der Deputationen kann das aber nicht gesagt werden. Das beweisen die in den verschiedenen Betrieben recht mangelhaften Löhne zur Genüge. Auch dem Senat und der Bürgerschaft sind diese Dinge bekannt. Das bewiesen die Herren, als sie den sozialdemokratischen Antrag ablehnten, der alljährlich bei Vorlegung des Budgets eine Hebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter forderte. Die Öffentlichkeit soll eben nichts von den traurigen Löhnen erfahren.

Wir Staatsarbeiter wissen sehr gut, daß Senat und Bürgerschaft nicht allzuviel Entgegenkommen zeigen. Das kann uns aber nicht abhalten, von diesen Körperschaften das zu fordern, was wir für dringend notwendig halten.

Unsere Forderungen sind folgende:

Für sämtliche Staatsarbeiter ist die neunständige Arbeitszeit einzuführen. Die Arbeitszeit dauert von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr bei 1½stündiger Frühstückspause und 1½stündiger Mittagspause.

Für sämtliche Betriebe sind Wochenlöhne einzuführen, und zwar für Arbeiter,

deren bisheriger Lohn 3,50 Mk. beträgt,	26,00 Mk. pro Woche
" " " 4,00 " "	" " " "
" " " 4,50 " "	" " " "
" " " 5,00 " "	" " " "

Die Alterszulagen sind nach dem Muster des Schlachtleides einzuführen.

Heberstunden sind mit 70 Pf. zu bezahlen.

Lohnzahlungen haben wöchentlich stattzufinden.

Feiertage, welche auf Werktage fallen, sind zu bezahlen.

Bei diesen Forderungen ist Senat und Bürgerschaft Gelegenheit geboten, ihr arbeiterfreundliches Herz auch den Arbeitern einmal zu zeigen. Die Lohnforderungen sind mehr als je durch die ganz enormen Preissteigerungen aller Lebensmittel und Verbrauchsartikel gerechtfertigt und dringend notwendig. Aber auch die neunständige Arbeitszeit ist unbedingt erforderlich. Es wird für Bremen einmal Zeit, daß in den Staatsbetrieben die neunständige Arbeitszeit eingeführt wird. Den Staatsarbeitern das zu verweigern, was schon in anderen Städten für die städtischen Arbeiter eingeführt ist und was in zahlreichen Privatbetrieben schon längst besteht, liegt kein stichhaltiger Grund vor.

Wir werden ja sehen, welche Stellung Sena- und Bürgerschaft zu den Forderungen der Arbeiter einnehmen. Ob sie, vor sozialem Pflichtgefühl durchdrungen, dieselben annehmen oder ihre alte Taktik, alle Forderungen der Arbeiter abzulehnen, beibehalten werden.

Jeder Kollege hat aber in dieser Zeit die Pflicht, mit doppeltem Eifer an der Stärkung der Organisation weiter zu arbeiten, damit wir allen Eventualitäten gewachsen sind. Daher müßte ein jeder Kollege diese Zeit mit der intensivsten Agitation aus, denn je größer und je stärker unsere Zahl ist, um so eher kommen wir zum Ziel. Auch Senat und Bürgerschaft müssen die Arbeiter respektieren, wenn diese planmäßig, geeint in der Organisation, vorgehen.

B. M.

Zur Lage der Kollegen in der Müllverbrennungsanstalt in Wiesbaden.

Die Leser der „Gewerkschaft“ werden sich noch der Darstellung in Nr. 4 über die gewaltsame Maßregelung der Kollegen Scherf und Hofmann von der Müllverbrennungsanstalt erinnern. Heute wollen wir einmal eine Schilderung der dort herrschenden Verhältnisse geben, um zu beweisen, daß sich die Kollegen nicht aus Hebermut gegen die frivolen Verschlechterungen, welche ihnen seinerzeit zugefügt wurden, gewehrt haben.

Im Anfang vorigen Jahres wurde eine Neuordnung der Löhne bei allen städtischen Arbeitern vorgenommen, wodurch die Arbeiter fast durchgängig 20 Pf. Zulage erhielten. Die Verwaltung der Müllverbrennung aber wollte es anders und führte daher an Stelle der Zulage eine „Prämienordnung“ ein, um, wie es am Anfang dieses Jahres heißt, „eine gleichmäßige Verteilung der Löhne zu erreichen“. Nach dieser „Prämienordnung“ sollen in jedem Ofen 13 Tonnen (1000 Kilogramm p. T.) in 24 Stunden verbrannt werden. Für jede über 13 Tonnen (1000 Kilogramm) hinaus verbrannte Tonne in 24 Stunden, sollen die Heizer 20 Pf. Prämie erhalten. An Hand einer theoretischen Aufstellung ist dann den Heizern vorgerechnet, was für erheblichen Nebenverdienst sie sich verschaffen können, wenn sie ihre Kräfte bis auf das Neueste anstrengen, so daß bei der überaus schweren und gesundheits-schädlichen Arbeit ihre Manneskraft in wenigen Jahren gebrochen ist und sie nur noch vegetierende Gestalten sind. Von dem ausgerechneten hohen Nebenverdienst haben die Kollegen aber bis jetzt sehr wenig zu spüren bekommen, denn in den meisten Fällen weist es nur ein paar Pfennige oder gar nichts ab. Der Überwachungs-Hirtel ist bis vor kurzer Zeit krankhaft bemüht gewesen, ein

Der unorganisierte Arbeiter wird in jedem Gemeinwesen immer und ewig als Mitglied des Gemeinwesens nur eine Funktion haben und die ist, seine eigenen Lebensbedingungen hinabzudrücken, immer tiefer und tiefer, bis man es vergißt, daß er einmal ein Mensch war.

Der organisierte Arbeiter hat gerade soviel Macht und Einfluß wie die, mit denen er vereinigt ist, zusammen haben. Und seine Funktion als Mitglied des Gemeinwesens ist, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, bis die Arbeiter die Herren des Gemeinwesens geworden sind.

Welche Leute sollten es sonst sein?

Bei uns laufen alle Drähte zusammen; wir sind die wichtigsten, wir sind die Gesellschaft, wir sind der Staat, wir sind alles.

Warum sollen wir nicht unsere eigenen Angelegenheiten in unsere eigene Hand nehmen? Warum sollen wir in unserer Form Privilegien aufrechterhalten zum Vorteil für Menschen, die schließlich nicht wert sind, uns die Zahlungen zu lösen? Warum sollen wir das schlaueste die entgegennehmen, das die Erde trägt und unsern „Göttern“ das Beste geben?

Das geschieht nun einzig und allein deswegen, weil wir nicht zusammengelassen haben, weil uns die Organisation gefehlt hat. Die Organisation ist unser einziger Mittel, eine Welt zu gewinnen. Wir haben das Mittel, Kameraden, — es ist nur noch nicht vollkommen genug. Es sind die, die außerhalb stehen, die fehlen. Also müssen wir auch alle, was wir zu tun haben. Wir müssen auch in den Reihen. Die große Massenbewegung soll durchbrechen, überhandnehmen und hinweggeleitet werden durch die Gründe, die für unsere Sache sprechen. Und die Einwendungen dagegen, die heute hervorgebracht werden, sollen morgen nicht wieder aufsteigen.

Die Organisation, unsere Stütze in Not und Armut, unsere einzige Stütze in all unserem Kampf innerhalb der Gesellschaft, soll zugleich unser Mittel werden, die Herrschaft und die Macht zu erlangen.

Eine kurze Geschichte zum Nachdenken.

Es kommt jemand in einen Laden und verlangt einen Käse. Der Händler gibt ihm einen. Als der Käufer den Käse bereits in der Tasche hat, schenkt er sich zu befinnen und sagt zu dem Händler: „Geben Sie mir lieber eine Wurst.“

Der Händler gibt ihm eine Wurst und erhält den Käse zurück. Jetzt will der Mann mit der Wurst weggehen. „Kein Herr,“ sagt der Händler, „Sie müssen doch die Wurst bezahlen.“

„Ach!“ sagt der andere, „dafür haben Sie doch den Käse zurück!“ „Ja, aber,“ antwortet der verdakte Händler, „den Käse hatten Sie doch nicht bezahlt.“

„Das weiß ich wohl, aber den haben Sie ja auch zurückbekommen!“ Und der Mann mit der Wurst geht weg, ohne zu bezahlen. Das war ein raffinierter Betrüger, wird jedermann sagen. Sehr richtig. Aber nun merke man sich einmal folgendes:

Der Kapitalist hat uns durch seinen Vorrat von Grund, Rohstoffen und Bergwerken die Mittel zum Leben genommen. Also hat er auch unser Leben in der Hand.

„Nun,“ sagt er zu den Arbeitern: „Wie könnt das Leben behalten, aber acht mir dafür die Hände eurer Arbeit.“

Und der Arbeiter tut also, denn er muß leben. Und wenn der Arbeiter sich beklagt, daß er für den Kapitalisten seine Arbeitskraft hingeben muß, dann sagt der Kapitalist auch: „Aber ich gebe Euch doch das Leben dafür!“

Antwortet dann der Arbeiter: „Aber das Leben kommt mir doch zu.“ Dann sagt der Kapitalist auch: „Sehr richtig, und darum gebe ich es Euch auch.“

Sit dies nicht auch ein raffinierter Betrug?

Unbegreifbar. Die glatten Worte des Kapitalisten sind Schmeichelei und Betrug, glatte Worte, die den Schein der Wahrheit in sich haben.

Und laufende Arbeiter lassen sich noch durch solche glatte Worte an der Nase herumführen.

möglichst großes Quantum Müll zu verbrennen, indem er oft den Heizern befahl, mehr in die Defen hineinzuladen, als bei normaler Beschädigung möglich war.

Die Ueberladung der Defen hat aber dann zur Folge, daß das Müll gar nicht richtig verbrennen kann und nur halb verbrannt unten wieder herausgezogen werden muß. Dadurch wird einerseits den unten beschäftigten Heizern das Schlacken bedeutend erschwert und andererseits verursacht die Ueberladung der Defen oben einen solchen Qualm und Rauch, daß jeder gesunde Mensch unbedingt Schaden an seiner Gesundheit erleiden muß.

Schuld an dem unerträglichen Rauch auf den Defen ist aber auch der schlechte Verschluß, denn man kann die ganze Hand in die Öffnungen legen, denen der Rauch entströmt. Die Gesundheit der Arbeiter kann ja ruhig zugrunde gehen, das kümmert den Obermaschinenisten und den Bauinspektor anscheinend wenig. Wenn die Treiberei in letzter Zeit etwas nachgelassen hat, so ist das sicher mit dem Fall Scherf in Verbindung zu bringen, denn dabei dürfte nach unserer Information auch der Herr Sirtes nicht so ganz glatt weggekommen sein. Die Ablehnung der Wiedereinstellung Scherfs war für den Magistrat nur eine Prinzipienfrage, um nicht vor aller Öffentlichkeit das geschehene Unrecht zugeben zu müssen.

Die gegenwärtig gezahlten Anfangslöhne betragen für Heizer und Hofarbeiter 3,80 Mk. und für Handwerker und Maschinisten 4 Mk. pro Tag. Die Steigerungen sollen nach Leistung, also vollständig nach Willkür der Vorgesetzten, erfolgen. Daß dieser Lohn als ausreichend bei der miserablen Arbeit bezeichnet werden kann, wird wohl selbst der Wiesbadener Magistrat nicht behaupten wollen. Ende Juni v. J. reichten die Kollegen Forderungen durch den Arbeiterausschuß ein, in welchen für Heizer ein Anfangslohn von 4,50 Mk. steigend bis 6 Mk. und für Hofarbeiter ein solcher von 4 Mk. steigend bis 4,50 Mk. nach vier Jahren neben einigen weniger wichtigen Punkten verlangt wurde. Der Bauinspektor Verlit versprach damals, daß zum 1. Oktober eine „große Ummwälzung“ erfolgen soll und die Kollegen sollten sich bis dahin gedulden. Von dieser Ummwälzung ist aber heute noch nichts zu spüren. Die Mahregelung dieser beiden Kollegen kann doch wohl nicht als die „große Ummwälzung“ angesehen werden? Man hat aber bisher noch nicht das Geringste von den Forderungen gehört. Hier muß jedenfalls erst wieder nachgeholfen werden. Wenn man vielleicht glaubt, die Kollegen durch die Mahregelungen eingeschüchtert zu haben, so täuscht man sich, wir werden vielmehr von neuem auf dem Plane erscheinen.

Die Arbeitskraft der Kollegen wird auf das allerintensivste ausgenutzt. Während der Dauer einer ganzen Schicht von acht Stunden, steht ihnen eine Essenspause von 15 bis 20 Minuten zur Verfügung. In diesen paar Minuten kann von einem richtigen Essen nicht die Rede sein. Ein solch häßliches Essen erschwert die Verdauung und die chronischen Magenkrankheiten sind die Folge. Nicht man neben der ungenügenden Ernährung während der Arbeitszeit noch die Einatmung des vielen Rauches und Staubes hinzu, so ist es kein Wunder, wenn durchgängig ein großer Teil der Arbeiter erkrankt ist. Gegenwärtig beläuft sich die Krankenziffer durchschnittlich auf 13 und 14 Mann bei 40 bis 45 Beschäftigten. Die Stadt Wiesbaden wendet Millionen auf, um den aus aller Herren Länder nach hier strömenden Kapitalisten den Aufenthalt angenehm zu machen und die auf irgend eine Weise zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen, ihre eigenen Arbeiter aber speist sie mit den niedrigsten Löhnen ab und richtet deren Gesundheit in den giftigen Betrieben, wie die Müllverbrennung einer ist, systematisch zugrunde!

Zur vorigen Herbst war einmal der Gewerbeinspektor im Betrieb, bei welcher Gelegenheit er auch die Leute fragte, wie oft in einer Schicht gegessen wird, auf die Antwort, daß nur eine Pause von 15–20 Minuten zur Verfügung stehe, sagte er, daß das ganz entschieden zu wenig sei. Warum hat denn da der Herr Gewerbeinspektor nicht eine Aenderung veranlaßt, oder ist er vielleicht von höheren Faktoren des Betriebes anders beschult worden?

Der beste Beweis für die schlechten Verhältnisse ist der große Wechsel unter den Arbeitern, denn es geht dort zu wie im Taubenschlag, was auch vollständig der Wille der Verwaltung zu sein scheint. Die neuen Leute werden ja wieder mit dem niedrigsten Lohn eingestellt und sind auch eventuell leichter zu dirigieren als die älteren, welche schon etwas weiter hinter die Kulissen gesehen haben. Daher die Sucht, die älteren Leute, die auf eine bessere Bezahlung drängen, so viel wie möglich abzuschreiben. Krank zu werden scheint nach der Ansicht des Obermaschinenisten Sirtes ein

böses Uebel oder gar Verbrechen zu sein, denn es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß ein Arbeiter nach der Krankheit in den Hof versetzt wurde mit dem Bemerkten, er taue nichts für die Betriebsarbeit. Denselben Leuten wird aber zugemutet, wenn sie infolge der vielen Erkrankungen ausbühlsweise eine Schicht im Betrieb gearbeitet haben, daß sie noch vier Stunden auf dem Hof weiter arbeiten, welche noch nicht einmal als Ueberstunden betrachtet und besser bezahlt werden.

Bei der Wechselschicht an den Sonntagen, die zwölfstündig ist, haben die Arbeiter eine Pause von höchstens 10 Minuten. Das sind unmenschliche Anforderungen, welche an die Leute bei der schweren und gesundheitschädlichen Arbeit gestellt werden. Herr Verlit müßte das gewiß sofort bestätigen, wenn er nur eine solcher Schichten mitzumachen hätte. Nach besserer Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit sucht man ebenfalls vergebens, trotzdem es im § 13 Absatz 2 der Arbeitsordnung heißt: „Für Ueberstunden werden Zuschläge vergütet, deren Festsetzung den einzelnen Betriebsverwaltungen vorbehalten bleibt.“ Der Herr Verlit hat es sich aber vorbehalten, für solche Arbeiten gar nichts zu bezahlen!

Durch Magistratsbeschluss vom 27. April 1906 ist ferner bestimmt, daß denjenigen Arbeitern, welche am Kaisersgeburtstag behufs Aufrechterhaltung des Betriebes den ganzen Tag arbeiten müssen, ein halber Schichtlohn und denjenigen, welche am Sedanfest und den Nachmittagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten keinen früheren Arbeitschluß haben, ein Viertelschichtlohn extra ausbezahlt ist. Für die Verwaltung der Müllverbrennung sind aber solche Verschlässe Luft. Am letzten Kaisersgeburtstag wurden der einen Schicht 2 Stunden vergütet und der anderen nichts. Ein besonderes hochgebendes patriotisches Gefühl wird dieser Akt gewiß nicht bei den Arbeitern erweckt haben. Warum macht der Magistrat hier nicht über die Ausführung seiner Beschlüsse?

In Anbetracht der geschilderten Verhältnisse darf es gewiß niemanden Wunder nehmen, wenn sich der Unwille der Arbeiter auch einmal etwas impulsiv Luft macht. Die herrschenden Verhältnisse sind noch lange nicht erschöpft, sondern die angeführten sind nur eine kleine Blütenlese aus dem Bereiche der Müllverbrennungsverwaltung. Die Kollegen mögen aber die Ruhanwendung daraus ziehen, daß sie in Zukunft etwas einiger unter sich werden und sich noch mehr als bisher ihrer eigenen Sache annehmen. Dies kann am besten geschehen, wenn alle Kollegen an der Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter festhalten und bestrebt sind, auch den letzten Mann derselben zuzuführen. Diese Mahnung gilt zugleich allen übrigen städtischen Arbeitern, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen in der Allgemeinheit noch sehr viel zu wünschen übrig. A. W.

Großes Reinemachen in Stuttgart.

Dem Bauinspektor Schmolz von der städtischen Straßencleaning ist gekündigt worden. Die ihm unterstellten Arbeiter haben wiederholt bitterste Klage über die Geschäftsführung des Herrn Schmolz in der „Tagwacht“ erhoben. Unser Verband hat auf Grund unanfechtbaren Materials mehr als einmal die Forderung des Herrn Schmolz verlangt, daß seine Dienstführung nachgerade zum Skandal ausartete. Dieser Einsicht hat sich schließlich auch die Stadtverwaltung nicht verschließen können, sie hat Herrn Schmolz gekündigt. Am 1. April ist Schluß.

Herr Göbel, der Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, wird demnächst in den Staatsdienst zurücktreten. Die überaus merkwürdigen Ansichten des Herrn Göbel über die Aufgaben eines Gewerbegerichtsvorsitzenden, seine Tätigkeit bei wirtschaftlichen Konflikten zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern, seine zum schärfsten Widerspruch herausfordernde Kritik an der richterlichen Tätigkeit der Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts usw. haben die Gewerkschaften Stuttgarts wiederholt gezwungen, sich mit Herrn Göbel zu beschäftigen.

Dem Betriebsingenieur Mlig vom Gaswerk ist gekündigt worden. Derselbe hat bereits das Feld seiner bisherigen Wirksamkeit verlassen. Man erzählt sich von allerlei Geschäften, die der Mann getrieben hat, Geschäfte, die ihn als städtischen Beamten ungeeignet erscheinen lassen. Vielleicht scheint die Stadtverwaltung der Arbeiterschaft noch mal reinen Wein ein über diese Geschäfte sowie darüber, ob und inwieweit die Stadt dadurch geschädigt worden ist.

Von Herrn Betriebsingenieur Kaufel vom Städtischen Elektrizitätswerk in Untertürkheim ist in der „Tagwacht“ bereits wiederholt die Rede gewesen. Der Mann soll sich einer gar eigenartigen Nachführung befleißigt haben. Es ist eine Disziplinär-

untersuchung eingeleitet. Auffallend war, daß sofort, nachdem auf dem Rathaus die Anschuldigungen gegen Fausel bekannt wurden, ein überaus lebhafter Telefonverkehr zwischen etlichen alten Freunden Fausels und Herrn Fausel einsetzte; merkwürdiger war noch die Art der Beweisführung. Herr Fausel selbst wurde beauftragt, den Arbeitern des Elektrizitätswerks, die ebenfalls als Zeugen in Betracht kämen, ihre Vorladung aufs Rathaus zu eröffnen. Daß es da an neugierigen Fragen über die Wissenschaft der Arbeiter nicht gefehlt hat, versteht sich am Rande. Seit einigen Wochen hört man nichts mehr von der Geschichte, obgleich unseres Erachtens Herr Fausel selbst wie die Stadtverwaltung sehr daran interessiert sind, daß die Sache, nachdem das Vorspiel bekannt geworden ist, in voller Öffentlichkeit dargestellt wird.

Würde es sich um einen Arbeiter handeln, wäre die Sache schon längst erledigt, aber da es sich um einen mit beinahe 5000 Mk. Gehalt bezahlten Beamten handelt, der sein „Jägerrecht“ allzu sehr ausüben muß, man natürlich alle Chancen erwägen, ob sich nicht eventuell aus der Sache eine „Vergeßlichkeit“ oder ein kleines „Versehen“ konstruieren läßt.

Im allgemeinen ist, speziell in Untertürkheim, die Meinung vorherrschend, daß hier auch das Sprichwort Anwendung finden werde: „Die kleinen Tische hängt man, ...“

Staßfurter Brief.

Es dürfte die Kollegen interessieren, etwas aus Staßfurt zu hören, zumal bis jetzt aus dieser Stadt noch nichts bekannt geworden ist. Städtische Betriebe sind mit Ausnahme des Wasserwerks und des Schlachthofes nicht vorhanden. Mit Gas wird Staßfurt durch seine Nachbargemeinde Leopoldsdorf versorgt. Leopoldsdorf selbst liegt jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle in Anhalt. Das Wort ist Privatbesitz und seit 5 Jahren in Händen der Thüringer Gas-Gesellschaft, Leipzig. Diese liefert nicht nur Staßfurt und Leopoldsdorf Gas, sondern auch den Orten Neudorf, Altdorf und Dörfelstedt. Es besteht aber die Absicht, den Betrieb noch ganz bedeutend zu erweitern und die Orte Dedlingen, Wörsdorf, Schmiedingen und Rathmannsdorf anzuschließen. Der alte Betrieb kann aber nicht erweitert werden. Auch liegt die Anlage im Seltungsgebiet der durch die Kali-Industrie gefährdeten Gegend. Die Verlegung erfolgt nach Dedlingen, wo die Gesellschaft am Gänseanger ein geeignetes Grundstück besitzt. Die Gemeinde Dedlingen hat das Projekt bereits genehmigt. Die Thüringer Gas-Gesellschaft hinterlegt eine Kaution von 10.000 Mk. zur Sicherung der Industriebelieferung am 1. Oktober 1911.

Dedlingen hat bis jetzt elektrische Straßenbeleuchtung. Diese geht mit der Eröffnung der Gasanlage ein und Gasbeleuchtung tritt an seine Stelle. Die Gesellschaft hat hier also Aussicht, sich ihre Monopolstellung jahrelang zu sichern. Die Zweifeln beweisen auch, daß die Erfindung und der Betrieb einer Gasanlage ein ganz rentabler ist. Anders sind jedoch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

Die Arbeitszeit beträgt hier noch 12 Stunden inkl. zweistündiger Pause. Damit den Arbeitern das kapitalistische System so recht vor dem Bewusstsein werden kann, müssen sie auch noch die schon längst überwundene 24stündige Arbeitswoche abtrotzen.

43 deutsche Städte haben den Achtstundentag. Hier läßt man die Arbeiter einfach 24 Stunden hintereinander schuften. Ruhepausen nach den einzelnen Schichten sind unbekannt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Gesellschaft die Arbeitskraft der Arbeiter in dieser Weise ausbeuten kann. Was sollten auch die armen Aktionäre machen, wenn man sich dazu herabläßt, nur einigermaßen annehmbare Verhältnisse zu schaffen. Ein bis zwei Prozent Dividende müßten vielleicht weniger gezahlt werden. Das können jene Herren aber unter keinen Umständen vertragen.

Die in dieser Wasseranlage bestehenden Eten haben horizontale Retorten. Geladen werden sie mit der Walde. 10-12 Schaufeln müssen aber noch nachgeworfen werden, damit sie das nötige Quantum Kohle haben. Das Schmelzen, Bedienen des Ofens und des Generators müssen die vier Betriebsleute selbst verrichten.

Ähnlich den Arbeitsverhältnissen in auch der Lohn. Er beträgt für die ersten Arbeiter 1,25-1,50 Mk. Die anderen Arbeiter erhalten 1,20-1,50 Mk. Der Lohn für die Hofarbeiter und Helfer hat schon die horrenden Höhe von 3,00-3,20 Mk. erreicht. Schmelzer und Schmiede (Anstaltstentner) werden mit 2,50 bis 3,00 Mk., Arbeiter mit 3,50-3,60 Mk. bezahlt. Je nach der Lage des Betriebes müssen die gelehrten Arbeiter auch andere Arbeit verrichten, besonders Kohlen fassen. Daß diese Arbeit dann im Afford geleistet wird, versteht sich hier ganz selbstverständlich. Damit die Kohlenfässer nicht zu lange auf dem Ofen stehen, erfolgt die Entleerung im Afford. Wenn irgend möglich aber Sonntags vor mittags, da sie in der Regel erst am Sonntag abends ankommen. Zur Anfuhr eines Eisenbahnwaggons werden an zwei Mann 3,45 Mk. für Anweiser mit der Schuppe aber nur 2,75 Mk. bezahlt. Wollen nun die Arbeiter auch nur einen einiger-

maßen annehmbaren Verdienst erzielen, so müssen sie sich schon kräftig heranhaken. Besonders im Winter, wenn die Grube gewaschene Kohle liefert, ist das Kohlenladen eine ordentliche Schusterrei, da die Kohle in den Waggons festgefroren ist. Einen lehreren Affordsaß für die gefrorene Kohle gibts natürlich nicht. Eine Beschwerde der Arbeiter, daß sie unter diesen Umständen nichts verdienen könnten, fand dahingehend ihre Erledigung, daß ihnen bedeutet wurde, sie möchten sich nur ein bißchen mehr anstrengen, dann würden sie auch schon mehr verdienen. Woher der betreffende Herr seine Weisheit schöpft, um auf die Beschwerden der Arbeiter so antworten zu können, ist schwer zu verstehen. Wird Koks auf den Berg gefahren, so werden für 300 Zentner 7,50 Mk. gezahlt. Wie lange zwei Mann daran fassen müssen, um diesen Verdienst zu erzielen, kümmert die verehrliche Direktion verdammt wenig. Klarer wie hier kann wohl das alte Sprichwort „Affordarbeit ist Mordarbeit“ nicht illustriert werden.

Die Betriebsverhältnisse spotten jeder Beschreibung. An der Teeranlage ist keine feststehende Leiter angebracht. Will nun ein Arbeiter nach oben, so muß er alle Mühe anwenden, um heil herauf zu kommen. Vor den Teigeröhren steht ebenfalls eine Laufbühne mit Geländer. Besonders bei Nacht ist dies tatsächlich lebensgefährlich. Steht nun ein Arbeiter da oben und unten wird chargiert, so wird er ganz in den mit Gas geschwängerten Qualm eingehüllt. Nur als ein Wunder ist es zu bezeichnen, daß noch keiner umwohl geworden und auf den glühenden Koks herabgestürzt ist. Der Gewerbeinspektor war ja schon oft im Betriebe, aber gesehen scheint er nichts zu haben.

Auch die Ventile des Gasreinigers schließen nicht. Werden die Kasten ausgehoben und die Masse herausgeschöpft, so haben die Arbeiter unter dem immer noch zuströmenden Gas zu leiden. Wenn man da nicht an Gasvergiftung erkrankt, so ist dies als ein großes Wunder zu bezeichnen. Es waren ja schon einige Monteurs aus Teßau da, aber ohne daß Abhilfe geschaffen wäre. Jedenfalls sollte man auch hier etwas mehr Rücksicht auf die Gesundheit des Arbeiters nehmen. Vor kurzer Zeit war ja auch der Herr Generaldirektor aus Leipzig da. Aber den Betrieb anzusehen, hält er jedenfalls für überflüssig. Vielleicht will man die Arbeiter auf den neuen Betrieb in Dedlingen verfrachten.

Die Feuerhausarbeiter müssen sich ihre Kohle, die sie verbrauchen, selbst heranschaffen. Eben haben sie vor den Retorten gestanden oder geschlachtet, im nächsten Augenblick müssen sie auf den Hof oder Schuppen. So übt der jähe Temperaturwechsel seinen verderblichen Einfluß auf den Körper aus.

Die hygienischen Verhältnisse sind genau ebenso verbesserungsbedürftig. Die Mannschaftsstube starrt vor Schmutz. Wann sie das letzte Mal gereinigt wurde, ist nicht mehr recht erinnerlich. Auf der Anlage sind ca. 30 Mann beschäftigt. Für 12 ist aber allerhöchstens Platz in der Stube. Die übrigen müssen sehen wo sie bleiben. Besonders im Winter wird dieser Mangel am schmerzlichsten empfunden, da die Schmelzer und sonstige im Betriebe beschäftigten Handwerker und Arbeiter versuchen, auch im Plaggen zu erwischen. Wer möchte auch in der kalten Werkstatt sein Brot verzehren. Die Aufstellung eines Auktores wurde den Handwerkern bei Strafe der Entlassung in der Werkstatt untersagt. Wo sich die Leute aber aufhalten sollen, sagt die Direktion nicht. Wer keinen Platz mehr in dieser Hölle findet, nimmt seine Mahlzeit hinter den Retorten ein. Auch das ist eigentlich ein verbotener Platz und zur Einnahme der Mahlzeit nicht geeignet!

Vor langer Zeit bestand einmal eine Badeeinrichtung. Eigentlich besteht sie auch jetzt noch, doch schon seit Jahren in einem unbrauchbaren Zustande. Die Arbeiter brauchen daher die Krüppelstube als Wärraum, um sich dem allgerühmten Schmutz zu beflecken. Die Arbeitsverhältnisse sind einfach schauerhaft. Dieser Ort wird nur mit dem Schuß des Ofels aufgewärmt. Eine wenn auch nur notdürftige Beleuchtung ist nicht vorhanden, trotzdem die Gesellschaft das Licht in ihrer eigenen Anlage produziert. Würde es sich um Beamte der Gesellschaft handeln, ja, dann wäre es etwas ganz anderes. Dem Gewerbeinspektor wäre hier Gelegenheit gegeben, sich die Sache einmal näher anzusehen. Goffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß eine Wandlung zum Besseren eintritt.

Die Arbeiter können aus all diesem die Lehre ziehen, daß man sich nicht auf die Amtsbefehle oder gar auf das gute Herz des Unternehmers verlassen soll. Dadurch finden Mißstände keine Befriedigung. Hier kann nur von Selbsthilfe die Rede sein. Das Mittel der Selbsthilfe besteht aber nur in einer großen und in sich geschlossenen Organisation. Die Kollegen der anderen Städte sind schon lange zu dieser Erkenntnis gekommen und haben durch ihr gemeinsames Vorgehen innerhalb des Vereins der Arbeiterverbandes ganz bedeutende Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Auch die Befestigung der geschilderten Verhältnisse wird dadurch möglich. Von nahezu 100 deutschen Städten haben sich die Gasarbeiter unserer Organisation angeschlossen, darum Staßfurter Kollegen, bildet auch ein Glied in der Gasarbeiterbewegung. Gebt der Direktion die nötige Antwort auf eure bisherige Forderungen, indem ihr Euch dem Gemeindearbeiterverbande anschließt!

Einm. in die Organisation: P. Str.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Die jüdische Friedrichstadt hat jetzt eine vollständig neue öffentliche Straßenbeleuchtung erhalten, die an Helligkeit alles übertrifft. Die alten, bisher üblichen Gaslaternen mit Glühlicht wurden durch hohe Mandeläcker mit sogen. hängendem Freigasglühlicht von idealer Wirkung ersetzt. Der Effekt dieses Lichtes ist weit größer als der des elektrischen Bogens Lichtes in den Hauptstraßen Berlins. Es ist noch nicht möglich, dieses neue Freigasglühlicht, das in besonderen Stationen gepreßt werden muß, überall einzuführen, weil außer besonderen Stationen auch besondere Leitungen hergestellt werden müssen. Es ist aber angesichts des bedeutenden Ruhens und großen Effekts dieser neuesten Errungenschaften der Gastechnik nur eine Frage der Zeit, daß weitere Freigasstationen in Berlin errichtet werden.

Der Verein der Gas-, Wasser- und Elektrizitätssachmänner Rheinland-Westfalens tagte kürzlich in Aöln. Direktor Freyger führte die Erweiterungsbauten der Gasanstalt Aöln vor und insbesondere auch die jetzt schon längere Zeit in regelmäßigem Betrieb befindlichen Vertikalöfen. Da außerdem die Versuchsanstalt fertig geworden ist, die im Rahmen einer Anlage für eine Stadt von ungefähr 6000 Seelen es gestattet, die Gase einer Anzahl von Gruppen getrennt zu untersuchen, so konnten auch interessante Zahlen aus dem Betrieb gegeben werden, und zwar aus dem ganz regelrechten Vollbetrieb mit derselben Heizenmischung, wie sie auch sonst verarbeitet wird. Aus den mannigfachen Zusammenstellungen geht hervor, daß die Gasausbeute ganz erheblich gesteigert wird dadurch, daß in den letzten zwei Stunden der Gärungszeit Wasserdampf zugeführt und nach Ausweis der Untersuchungen normales Wassergas hergestellt, das auch vollen Heizwert hat. Der Holzverbrauch zur Ofenheizung wird damit eine Kleinigkeit höher, und es ist für den jeweiligen Fall eine Sache der Rechnung, festzustellen, wobei man sich besser steht. Auch die Ammoniakausbeute steigt, der erhaltene Teer ergibt mehr von den wertvolleren Ecken und weniger Pech. Der Vertrieb ist durchaus glatt und die erwartete Verringerung in der Zahl der Leute in vollem Maße eingetreten; gegenüber den alten Vertikalöfen ist die erzeugte Gasmenge auf den Kopf des Arbeiters vielfach höher, dabei die Arbeit auch weniger anstrengend. Durch Anpassung der Gärungsdauer an die jetzt achtstündige Schichtzeit läßt sich in Zukunft noch eine weitere Verringerung des Mannschaffsstandes erwarten. (?) Bei Besichtigung der Gasanstalt am folgenden Vormittag hatten die Besucher Gelegenheit, namentlich die großzügigen Anlagen der mechanischen Zufuhr der Kohle und der ebensolchen Behandlung des entstehenden Stoffs zu bewundern, sowie die sehr saubere und geschmackvolle Ausführung sämtlicher Nebenanlagen. Das Werk ist einschließlich der Wassergasanlage einer Gesamtanzahl von gegen 500 000 Kubikmeter täglich gewachsen, hat aber auch schon Maximalstundenabgaben von 2 000 Kubikmetern. In der Sitzung begrüßte Regierungsbauinspektor Peters noch Neuerungen im Neubau und erwähnte besonders, daß auf der Gasanstalt wiederum demnächst schräge Hammeröfen in Betrieb kommen, die nach Art der Kokesöfen auch die Verwendung einer badenden Kohle gestatten und die Herstellung eines noch dichteren Kokes, als er in den Vertikalöfen schon erhalten wird; auch Verbesserungen in der Ammoniakgewinnung kamen zur Sprache. — Wie die Kollegen aus Vorstehendem erkennen, sollen die technischen Neuerungen dazu dienen, Arbeiterentlastungen vorzunehmen. Anstatt den Arbeitern Erleichterungen zu schaffen und ihnen einen Teil ihrer Mühen abzunehmen, stinkt man jetzt auf intensivere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Hier kann nur die Organisation helfen!

Aus den Stadtparlamenten.

Leisburg. In der letzten Stadtverordnetenversammlung sollte Beschluß gefaßt werden über die Gewährung von Anlagengeld und Hinterbliebenenversicherung an Angehörige und Arbeiter der Stadt. Der neu aufgestellte Entwurf der Verwaltung sieht folgende Aufgebotsätze vor: Das Aufgebots beträgt, wenn die Vergebung in den nächsten nach vollendetem 10., jedoch vor vollendetem 11. Dienstjahre eintritt, $\frac{1}{2}\%$ und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre bis zum vollendeten 30. Dienstjahre um $\frac{1}{2}\%$ und von da ab um $\frac{1}{2}\%$ des Einkommens. Über den Betrag von $\frac{1}{2}\%$ dieses Einkommens hinaus findet eine Steigerung nicht statt. Der Mindestbetrag des Aufgebots beträgt 200 Mk. (nach dem ersten Entwurfe 250). Die dem Aufgebotsempfänger etwa zuzurechnende Invaliden- und Altersrente wird ihm nicht, wie im ersten Entwurfe vorgesehen war, ganz, sondern nur zur Hälfte am Aufgebotsbetrag gekürzt. Der Mindestbetrag des Einkommens ist von 150 auf 200 Mk. erhöht worden. Die Angelegenheit wurde in die geheime Sitzung verwiesen, ebenso die Vorlage betr. Erlass eines Urteils über die Arbeitslosenversicherung der Arbeiter. — Offiziell kommt bei dieser ganz neuen Geheimniskammer etwas heraus für unsere Leisburger Kollegen.

Offen. Nach der kürzlich seitens der Stadtverwaltung erfolgten Veröffentlichung einer Denkschrift über „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter“ haben eine Anzahl Stadtverordneter folgende Anträge gestellt: 1. Die Verhältnisse der städtischen Arbeiter sollen geregelt werden a) durch Erlass von allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter sowie nicht beamteten Angestellten, und im Anschluß daran festzusetzenden Lohn Tabellen, b) durch auf Grund dieser allgemeinen Bestimmungen von den Betrieben zu erlassende Arbeitsordnungen, c) durch Einführung von Arbeiterausschüssen. 2. Die Ausführung dieses Beschlusses soll durch die soziale Kommission, der von der städtischen Verwaltung baldigst eine Vorlage zu unterbreiten ist, vorbereitet werden.“ Die Vorlage wurde der sozialen Kommission überwiesen.

Aus den Gemeinden.

Berlin. Der Magistrat hat im Prinzip den Bau von zwei neuen Wasserwerken beschlossen. Das eine, am dringendsten notwendige Werk soll in der Muhlbeide, an der Oberpre, errichtet werden. Die Entwürfe für dieses sind nahezu fertig. Der Bau dieses Werkes kann eventuell bald begonnen werden, so daß es in 2-3 Jahren betriebsfertig sein kann. Das andere soll in Heilsensee an der Havel hinter Tegel errichtet werden.

Schöneberg. Fünf bezugbare Unterkunftsstellen für städtische Arbeiter beabsichtigt der Magistrat einzurichten. Der Oberbürgermeister bringt folgende Gebäude in Vorschlag: Das Reformatorium in der Martin Lutherstraße. Als zweiter Raum kann einweilen die im Neubau des Schulhof Realgymnasiums in Aussicht genommene öffentliche Bedürfnisanstalt hergerichtet werden; eine dritte Unterkunftsstelle kann im neuen Mathause vorgesehen werden. In dem in diesem Sommer auf dem Hofe der Hauptfeuerwache, Oberstr. 8, zu erbauenden Neubau für das Kranentransportwesen ist die vierte Stelle in Aussicht genommen, während der fünfte Raum sich durch geringe Umarbeiten in der Nordfeuerwache in der Martin Lutherstr. 12 unterbringen läßt oder in dem dahinter noch zu erbauenden Heizwerkgebäude für die Kanalisationsverwaltung in Aussicht genommen werden kann.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. In der Versammlung der Kanalisationsarbeiter am 18. Januar hielt Stadtverordneter Genosse Schubert einen Vortrag über: „Die abgeänderten Aufgebotsbestimmungen“. Er bedauerte, daß die Vorschläge der vorbereiteten Kommission von der Stadtverordnetenversammlung nicht alle angenommen wurden; immerhin sei ein kleiner Fortschritt bei der Neuregelung herausgesprungen. Welcher Beifall lobte den Redner. — Hierauf gab der Vorsitzende Kollege Schabert den Jahresbericht, den er als im allgemeinen zufriedenstellend bezeichnete. Der Mitgliederbestand ist um 25 Proz. gestiegen. Die Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse sind absolut ungenügend. Eine lebhaftere Beteiligung der Kollegen an den Festen der Feste ist sehr zu wünschen. — In Comannern der Sektion wurden die Kollegen Lutz, Gränter und Schröder gewählt. — In der sich anschließenden Aussprache über Betriebsangelegenheiten kommen geradezu ständische Übergriffe von „Vorgesetzten“ zur Mitteilung. Danach scheinen manche der letzteren merkwürdige Ansichten über den Umgang mit Menschen zu haben. Verschimpfungen, ja selbst tätliche Beleidigungen werden den Arbeitern zugefugt. So hat Meister D. von Station V dieselben eine „faule Bande“ genannt. Meistler ist der Auffassung, daß Station XII. Dieser „Vorgesetzte“ tritt Arbeiter in die Gaden und tituliert sie „breckige Eule“, „dreißiger Hund“ usw. Es sind das bezeichnende Beispiele für den Bildungsgrad dieser Herren, die ja zu Viehhütern, aber nicht zu „Vorgesetzten“ städtischer Arbeiter qualifiziert sein mögen. Das sollte aber ist, daß der Herr Inspektor die Beschwerden der Arbeiter über die ihnen widerfahrte empörende Behandlung ablehnt. Er glaubt den wahrheitswidrigen Angeberinnen wegen zu geringer Arbeitsleistung und erklärt, daß die Beleidigungen gegen die Arbeiter „mit einem gewissen Recht“ (!) ihnen zugefugt seien. Demnach scheinen ja die Leuten mitamt ganz merkwürdige Ansichten zu haben über Ehre und Würde eines Arbeiters. Oder fängt bei ihnen auch erst der Mensch beim Arbeitsverlust an? Dann wird es Aufgabe der Arbeiter sein, an ihren „Vorgesetzten“ noch das Erziehungswerk an Hand des bekanntlich missglückten Bundes zu vollenden. Daß es hierzu in erster Reihe der Organisationsarbeit bedarf, ist selbsterklärend, und der neu gewählte Vorstehende Kollege Lutz traf das richtige, als er am Schluß der Versammlung die Anwesenden aufforderte, unermüdet mitzuarbeiten am Ausbau und der Festigung des Verbandes.

Berlin. (Englische Gasanstalt.) Die Kollegen nahmen in einer stark besuchten Versammlung am Donnerstag, den 27. Februar, den Bericht der Arbeiterausschüsse entgegen. Zur Verhandlung standen die Lohnforderungen und die Forderung auf Wochenlöhne. Die Kommanden der einzelnen Ausschüsse erstatteten den Bericht. Abgelehnt im Hinblick auf die

gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes, das ist das Fazit der Verhandlungen. In der Versammlung wurde das ablehnende Verhalten der Direktion scharf kritisiert. Der Ausgang der Lohnbewegung muß auch dem letzten Arbeiter, der noch an das Wohlwollen der Direktion glaubte, die Augen geöffnet haben. Denn für die Direktion der J. C. G. A. war und ist auch heute noch keine Krise vorhanden. Produktion und Absatz haben sich gehoben und damit auch die Einnahmen. Hier zeigt sich der Kapitalismus als Ausbeuter in schönster Reinkultur. Die nachstehende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 27. Februar in den Remisbahallen, Kommandantenstr. 58/59, zahlreich versammelten Arbeiter der englischen Gasanstalten haben den Bericht der Arbeitersausschüsse entgegengenommen. Sie bedauern, daß die Verwaltung die Anträge auf Neuverteilung der Löhne, besonders auf Zahlung von Wechseln, abgelehnt hat. Die Versammelten erklären nur in Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Depression und die dadurch hervorgerufene schlechte Lage des Arbeitsmarktes zurzeit von weiteren Maßnahmen zur Durchführung ihrer berechtigten Forderungen abzuweichen. Sie verpflichten sich aber, mit allem Nachdruck für die weitere Stärkung der Organisation einzutreten, um zu geeigneter Zeit die Forderungen zum Durchbruch zu bringen.“ — Der Verlauf dieser Lohnbewegung muß uns aber eine Lehre nach der Richtung hin sein, in der Zeit günstiger Konjunktur dafür zu sorgen, alles für eine günstigere Gestaltung unserer Verhältnisse zu tun.

Dresden. Ende vorigen Monats fand die Jahresgeneralversammlung unserer Verbandesfiliale statt. Zunächst gab der ständige Einsender den Massenbericht pro 4. Quartal. Nach kurzer Debatte wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf gab Kollege Mehrlein den Jahresbericht pro 1907. Er führte im wesentlichen folgendes aus: Das verfluchte Jahr brachte uns eine awaltiale Leistungsprobe unserer finanziellen Leistungsfähigkeit. Auch war 1907 die Probe der Loyalität unserer Mitglieder. Wir können von vornherein sagen, daß wir die Probe bestanden haben. Wir hatten aus lokalen Mitteln Erwerbslosenunterstützung — also Kranken- und Arbeitslosenunterstützung — eingeführt. Nun brachte uns der Winter des verfluchten Jahres eine besonders große Krankenziffer, die unsere Volantäre stark in Anspruch nahm. Doch wir konnten allen Anforderungen gerecht werden und die Zweifel einiger Feinsinnigen in unseren Reihen erwiesen sich als grundlos. So zählten wir an Krankenunterstützung 2007 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 464 Mk., an Sterbeunterstützung 414 Mk., an Notfallunterstützung 148 Mk., an Invalidenunterstützung 21 Mk. und an Gemäßregeltenunterstützung (die bei den Dresdener städtischen Ämtern, dem liberalen Stadtverwaltungen, in diesem Jahre schloß) 135 Mk. Als Beitrag (2. Rate) zum Gewerkschaftshaus gaben wir 147 500 Mk. Dabei hatten wir durch das Eingehen der beiden Gaswerke am Zeissaplatz und der Siebenhufenstraße und die dadurch erfolgten Arbeiterentlassungen einen erheblichen Mitgliederverlust. Denn die Entlassenen fanden fast durchweg keine andere Beschäftigung bei der Stadt und gingen zur Privatindustrie, wo sie in die nunmehr für sie in Frage kommenden Gewerkschaften übertraten. Doch der Mitgliederverlust wurde wieder durch neue Kollegen wett gemacht. Das neue Gaswerk in Türogen, die Tiefbauarbeiter usw. traten hinzu und so können wir am Schlusse des Jahres 1907 auf 508 Mitglieder zurückblicken. Natürlich war die Agitation eine äußerst rege. Es fanden 4 öffentliche und 132 Betriebsversammlungen statt. Außerdem wurden 23 Sitzungen der Arbeitersausschüsse abgehalten. Im ganzen hat Kollege Mehrlein allein 131 Referate gehalten. Doch die Arbeit war auch von Erfolgen begleitet. So gelang es unseren Kollegen im Stadthafen Wohnzulagen von 20–50 Pf. pro Tag durchzusetzen. Ebenso den Kollegen in der Pumpstation, die Aufsteigerungen von 20–60 Pf. erreichten. Ferner wurden allen ständig beschäftigten Arbeitern Zuschläge bei Heberstunden in Höhe von 25 Proz. und bei Sonntagsarbeit von 50 Proz. gewährt; eine Forderung, die wir schon 1903 erreichten und alle Jahre wiederholten. Auch ist eine weitere grundsätzliche Programmforderung unseres Verbandes — Arbeitsnachweis für die Arbeiter der städtischen Betriebe — endlich erfüllt worden. Dadurch ersparen wir, daß in Zukunft mehr Methode wie bisher bei Arbeiteraufnahme und Entlassung Platz greift. So wurden z. B. alljährlich bei Beginn der längeren Tage und des dadurch geringeren Gastonstums eine Reihe von Arbeitern entlassen, während bei der Promenadenverwaltung, Marstallverwaltung usw. Neueinstellungen vorgenommen wurden. Schließlich sei auch noch der Arbeitersausschüsse gedacht. Auch hier ist noch nicht alles wie es sein soll, manche Vertreter füllen ihr Amt nicht zur Zufriedenheit ihrer Kollegen und Auftraggeber aus, doch wird es auch hier besser werden. Der Verband hat für diese Kollegen eine besondere Gruppe gebildet, in denen ihnen die nötige Kenntnis der Verhältnisse usw. beigebracht wird. Eine Arbeit, welche die Stadtverwaltung eigentlich hätte verrichten müssen, damit undurchführbare Anträge und unnötige Reibereien vermieden werden. Jedemfalls seien wir der Zukunft getrost entgegen und sind sicher, daß wir auch in diesem Jahre, unbeachtet aller unserer

zahlreichen offenen und versteckten Gegner weiter marschieren werden! — An den Vortrag knüpfte sich eine rege Debatte. Von allen Rednern wurde die Agitationsarbeit Mehrleins anerkannt und nur bedauert, daß sich leider noch immer so wenige Kollegen ihm hilfreich zur Seite stellen. Auch wurden wieder eine ganze Reihe von Beschwerden über einzelne Ausschußvertreter, Übergriffe von Beamten usw. erörtert. Ein Antrag, nur städtische Arbeiter die in den Betrieben tätig sind, in den Vorstand zu wählen, fand nach kurzer Debatte Annahme. In diesem Sinne wurden die Wahlen vorgenommen und sind jetzt alle im Vorstände tätigen Kollegen Betriebsarbeiter. Der langjährige bisherige Vorsitzende Reichelt wurde zum Revisor gewählt und ihm der Dank der Versammlung für seine bisherige Tätigkeit ausgesprochen. Echter Vorsitzender wurde Kollege Hartmann, Kassierer der Pumpstation. Zum Schluß wurde über eine Anregung Mehrleins: die Form der bisherigen Hauskassierung in abschließender Zeit zu ändern, debattiert. Mehrlein erwähnte, daß die jetzige besoldete Form nicht zweckmäßig sei und es sich empfehle, eine größere Zahl von Kollegen damit zu betrauen, wodurch auch die Agitationsarbeit auf mehr Schultern ruhen würde. Allerdings sei es sehr schwer, die Personenfrage zu regeln, da sich die meisten Kollegen aus Furcht vor Maßregelungen davor scheuten. Dennoch müsse man es versuchen, da auch die jetzige Form der Kassierung zuviel koste und bei Änderung den Kollegen weitere Unterstützungsleistungen gewährt, bezw. die bestehenden erhöht werden könnten. Es sprachen dazu eine große Zahl von Kollegen, die sich aber sämtlich gegen eine Änderung der Hauskassierung erklärten und von einer Erhöhung der Unterstützungsätze nichts wußten, oder sie für spätere Zeit verlagten wollten. Ein diesbezüglicher Antrag fand einstimmige Annahme. Nach einigen inneren unwichtigeren Angelegenheiten fand die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende. Hoffentlich werden auch die weiteren Versammlungen in ähnlicher Weise besucht.

Charlottenburg. Eine von circa 500 städtischen Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung nahm zu der am 22. Februar 1907 eingereichten Allgemeinen Arbeitsordnung Stellung. Kollege P. Schulz, Berlin erläuterte die einzelnen Forderungen und empfahl den Anwesenden, sich den Bestimmungen über Aufhebung, wie dieselben in anderen Gemeinden gewünscht und zum Teil schon eingeführt sind, anzuschließen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die im großen Saale des Volkshauses zahlreich versammelten städtischen Arbeiter haben mit bestem Kenntnis genommen, daß der am 22. Februar vorigen Jahres dem Magistrat übermittelte Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung bisher weder einer Antwort, noch sonst einer Beratung gewürdigt wurde. Um so mehr muß diese wenig soziale Art der Behandlung von Anträgen der Arbeiterchaft Verurteilung erwecken, als die in der Allgemeinen Arbeitsordnung beantragten Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse in einer ganzen Anzahl von Gemeinden durchgeführt sind. Neben der notwendigen generellen Regelung und Verbesserung der Arbeitszeit und Lohnverhältnisse sind auch die Bestimmungen für die Gewährung von Ruhegeld einer Revision baldmöglichst zu unterziehen. Die Erhöhung des Mindestruhegeldes von 15 Sechstel auf 20 Sechstel des Lohnentkommens, die Festsetzung eines Mindestruhegeldes von jährlich 600 Mk. sowie die Auszahlung der vollen Invalidenrente ist als dringend notwendig zu bezeichnen. Die Versammelten beauftragten das Bureau der Versammlung, die Resolution sowie die Abänderung für die Ruhegeldordnung dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu übermitteln. Sie drücken hierbei die Erwartung aus, daß, umgehend über die im vorigen Jahre eingereichte Allgemeine Arbeitsordnung sowie über die eingereichten Änderungen der Ruhegeldordnung in Beratungen eingetreten wird. In der Erkenntnis aber, daß nur durch eine starke wirtschaftliche Organisation Arbeiterforderungen durchgesetzt und Verschleppungspraktiken, wie die gekennzeichnete, möglich sind, verpflichten sich alle Anwesenden zum Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Dresden. Ein entschiedenes Bedauern haben die „national“ gesinnten Arbeiter im Electr. West-Werk in Dresden. Wir haben schon einige Fälle mitgeteilt, wo sich die Herren Nationalen nicht genug hervorzuheben konnten in der Bekämpfung unseres Verbandes. Natürlich waren sie in den Augen ihrer Vorgesetzten die Zuverlässigsten und obendrein nicht staatsgefährlich. Wurde doch den in diesen Betrieben in Arbeit Treuenden gesagt, es sei vorteilhaft, wenn sie einer freien Gewerkschaft nicht angehörten. In welcher Weise die nun entlassenen Staatsbürger die Interessen des Betriebes förderten, geht daraus hervor, daß man in kurzer Zeit drei dieser Soldaten davon gejagt hat; ob der vierte noch bleiben wird, muß sich bald herausstellen. Der letzte der Finanzgewerken, der Arbeiter Kumpel, hatte im elektrischen Lichtwerk seinen national gesinnten Arbeitskollegen denunziert, daß er sich Mitteln aneignete. Dieser wurde nach zweijähriger Dienzeit sofort entlassen und auch gerichtlich verfolgt. Kumpel sollte nach einiger Zeit auf einmal Rohwärter beim Gaswerk werden, obwohl das Gaswerk selbst tüchtige Vorarbeiter von 18 bis 30 Dienstjahren aufzuweisen hat, die diesen Posten sehr gut ausfüllen konnten. Ihnen fehlt aber die Protection! — Kumpel war ein strebsamer

Paschhof und der Manufaktur gut befaßt. Überall brachten die Kollegen ihren Unwillen zum Ausdruck über das ablehnende Verhalten des Magistrats gegenüber ihren feinerzeit eingereichten Forderungen. Damit jedoch der Magistrat die ihm von neuem unterbreiteten Wünsche nicht wieder geräuchelt in den Papierkorb werfen läßt, wollen sie mehr wie bisher für die Ausbreitung und Befestigung des Verbandes sorgen. Eine Anzahl Reuaufnahmen wurden gemacht. Hoffen wir, daß alle Kollegen dem Verbands treu bleiben und trotz der Transaktionen einzelner Vorgesetzten die Schlüsseln und Türschloßern sich unserem Verbands angliedern.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Mit dem bevorstehenden Kampf im Baugewerbe schäftigte sich am Sonntag, den 1. März, in Berlin der Gantag des Maurerverbandes. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden Silberstein erklärte sich die Konferenz mit folgenden Grundföhen einverstanden: 1. Mit allen aus zu Gebote stehenden Mitteln ist den Plänen der Arbeitgeber entgegenzuwirken. 2. Jedem sonstigen Versuch der Arbeitgeber, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegenzutreten. 3. Angriffsbewegungen sind zurückzuhalten und nur in vollem Einverständnis mit der Verbands- und der Gewerkschaft zu beginnen. 4. In dieser Hinsicht ist strenge Disziplin zu üben und den tatsächlichen Maßnahmen der Zeitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.

Zehnjähriges Bestehen des Zentralverbandes der seemannischen Arbeiter Deutschlands. Der „Seemann“ feiert in einer Zeitnummer das zehnjährige Bestehen des Seemannsverbandes. Die Entwicklung des am 1. Februar 1898 ins Leben getretenen Verbandes veranschaulichen folgende Zahlen:

Jahr	Eingetragene Mitglieder			Zahlende Mitglieder		
	Bestand	Zunahme	Abnahme	Bestand	Zunahme	Abnahme
1898	2840	—	—	1514	—	—
1899	5280	2440	—	2125	611	—
1900	8220	2940	—	2879	754	—
1901	7800	—	411	2898	119	—
1902	8261	462	—	2598	—	300
1903	7741	—	520	2944	346	—
1904	7233	—	508	3189	245	—
1905	9016	1775	—	3348	159	—
1906	13876	4873	—	6024	2676	—
1907	19381	5505	—	8030	2006	—

Deute erstreckt sich der Verband über fast alle Häfen des Nord- und Ostseegebiets und hat auch einige Ästale im Auslande. Der „Seemann“ erscheint in einer Auflage von 10.000 gegen 1900 Exemplare im Jahre 1898.

Der Verband der Föder und Konditoren Deutschlands gabte am Schluß des Jahres 1907 reichlich 17.300 Mitglieder, gegen das Vorjahr ein Mehr von 3878, wovon allerdings die annähernd 2000 Mitglieder des übergetretenen Konfiterienverbandes mitgezählt sind. Bedeutsam ist die große Mitwirkung der Mitglieder. Der Verband verausgabte für Matrikulation 21.391,22 Mk., Nebenbeitrag 400,00 Mk., Arbeitslosenunterstützung 3.388,20 Mk., Rentenunterstützung 5091,50 Mk., Zuschuß zum Krankengeld 1678,10 Mk., Streikgeld 600 Mk., Unterunterstützung 1232,90 Mk., Genesungsunterstützung 5360,18 Mk., Streikunterstützung an Berufsangehörige 2006,85 Mk., Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 10.443,21 Mk. Der Vermögensstand in der Hauptkassa betrug 110.651,18 Mk., in den Hilfskassen 21.846,75 Mk.

Die Abrechnung des Verbandes der Verarbeitenden Deutschlands für 1907 verzeichnet einen Vermögenszuwachs von 719.819 Mk. Der Gesamtvermögensstand betrug 2.000.000 Mk. Der Verband verausgabte u. a. an Streikgeld 60.000 Mk., Genesungsunterstützung 2.169 Mk., Streikunterstützung 98.720 Mk., Streikunterstützung an andere Verbände 10.200 Mk., Arbeitslosenunterstützung 3.355,70 Mk., Krankengeldunterstützung 2.017,10 Mk., Projektschön und Strafen 16.561,22 Mk., Rechtschutz eigene Schlichtung 22.25,24 Mk., Rechtschutz andere Schlichtung und andere 21.620 Mk. Die Mitgliederzahl ist im 1. März um 1229 und betrug Ende 1907: 111.476. Doch ist die Anzahl der zahlenden Mitglieder um circa 5000 im verfloßenen Jahr gestiegen.

Einige Mitgliederzahlen am Jahresabschluß: Maschinenbauern 6702 (1906: 6309), Kleider 3005, Maschinenbau und anderer 18.132 (11.809), Postkassen 3895, Transportarbeiter 89.61.

Der Tapeziererverband schreibt eine Ertragssteuer von 2 Mk. aus, die in 4 Raten zu zahlen ist.

Rundschau.

Städtische Regiebauern und Tarifvertrag. Vor einiger Zeit wurden an dem Neubau der Müllverbrennungsanstalt in Parnen vier Maurer frühmorgens zwischen 8 bis 9 Uhr plötzlich entlassen, und zwar ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Man hatte sie im Verdacht, der Baukontrollkommission Unregelmäßigkeiten gemeldet zu haben. Der Bauhörer Weidner hatte geglaubt, zu dieser Maßnahme berechtigt zu sein, das königliche Gewerbeamt in Parnen hat aber am 20. Februar durch Urteil diesen Herrn eines anderen belehrt. Er versuchte dem Gerichtshof klar zu machen, daß doch ein Tarif bestünde, wonach man jederzeit entlassen könnte, wenn man wollte. Schon in der Vergleichskammerung wie auch diesmal brachte Herr W. ein umfangreiches Aktenbündel mit, um den Nachweis zu liefern, daß auch die Stadt Parnen in das Vertragsverhältnis hineingehöre. Es wurde aber von einem anwesenden Vorstandsmitglied des Maurerverbandes der Beweis erbracht, daß die Organisationen der Maurer und Hilfsarbeiter nur einen Tarif mit dem Schutzverband bergischer Bauarbeiter Petricke abgeschlossen haben. Auch haben diese beiden Städte auf ein Schreiben des Maurerverbandes vom 23. April 1907, diesen Tarif in den städtischen Pambetrieben einzuführen, abgelehnt, mithin könne von einem Vertragsverhältnis keine Rede sein. Auch der anwesende Polizei argumentierte, er hätte geglaubt, man sei zu Entlassungen berechtigt, ohne zu kündigen. In dieser Beziehung war er gerade so klug wie sein Vorgesetzter. Das schloß kam jedoch, als der Vorwende fragte, ob denn im städtischen Pambetrieb der Tarif in Bezug auf Stundenlohn und Arbeitszeit eingehalten würde. Dies mußten nach einigen Überlegen die Vertreter des städtischen Pambetriebes verneinen, denn nicht in einem einzigen Punkte wurde nach Tarif gearbeitet; die Arbeitszeit betrug 10 statt 9½ Stunden, der Stundenlohn 55 Pf. und weniger, statt 57 Pf. Damit war auch der Letzte Schein gefallen, daß sie sich irgendwie an eine Regel gehalten hätten und hätten sich diese beiden Herren selbst ad absurdum geführt. Es lag also klar zu Tage, daß hier der § 122 der Gewerbeordnung in Frage kam, wonach das Arbeitsverhältnis, wenn nichts anderes vereinbart, nur durch 14tägige Kündigung aufgelöst werden kann. Die vier ungeschicklich entlassenen Arbeiter klagten auf Schadenersatz für 12 verlorne gesehene Arbeitstage und konnten nachweisen, daß sie durch das Vorgehen des W. diesen Lohnausfall erlitten haben und sie auch auf Erfüllung der Kündigungsfrist bestanden hätten. Hier mußte zweifellos der § 124b der Gewerbeordnung angewandt werden. Aber weit gefehlt, man verurteilte diese Stadtvertreter nur, den ortsüblichen Tagelohn für eine Woche im Betrag von 19,20 Mk. zu zahlen für jeden Verurteilten. Diese Summe ist nicht an den Nachweis eines Schadens geknüpft, und in diesem Falle war der Schaden nachzuweisen. Trotzdem dieses Urteil, die vier zweifellos ein Schlupf vor. Wer ersetzt den Arbeitern ihren verlorne Arbeitslohn? Stehen die Arbeiter in städtischen Pambetrieben außerhalb des Gesetzes?

Die Hamburger Versorgungskasse für städtische Angestellte und Arbeiter veranlaßt die Nachrechnung der Petrickeergebnisse und den Kassenabschluß für das erste Jahr, das vom 1. Mai bis 31. Dezember 1907 läuft. Danach beträgt die Zahl der Versicherungsobligierten im Durchschnitt 15.206, der freiwillig Versicherten 8.333, Freiwilligen 19, der ausgeschiedenen Versicherten 5340, der Freiwilligen 4. Rentenansprüche waren gestellt 10, davon wurden bewilligt 197, abgelehnt 2 und zurückgezogen 1. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 170.951,17 Mk., das Vermögen betrug 167.203,67 Mk. Aktiva, denen keine Passiva gegenüberstehen.

Christliche Gewerkschaften. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften berichtet über seine Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Der Bericht ist sehr dürftig und zeichnet sich mehr durch Worte als durch Tatsachen aus. An Einnahmen hat der Gesamtverband 1907 49.896,11 Mk. zu verzeichnen. Zur Matrikulation sind 6840 Mk. auszugeben worden. Wie wenig Wert dieser Zentralverband, die Hauptgewerkschaft für die einzelnen Verbände oder richtiger für die christliche Gewerkschaftsbewegung, ist, zeigt die Tatsache, daß die einzelnen Gewerkschaften, die meist ohne Matrikulation sind, die Mittel für Zweck, Ausübungen usw. selbst aufbringen müssen. So sind diese Verbände immer auf Sammlungen angewiesen, die jedoch, wie der Bericht sagt, ein außerordentliches Ergebnis hatten. Im ganzen hat 1907/08 190.000 Mk. durch Sammlungen eingenommen. Doch hat damit heute weder Zweck, noch Ausübungen auszufüllen können, besteht sich am Ende. Aus dem sammt Matrikulation ist die Erkenntnis zu erlangen, daß es für die christlichen Gewerkschaften in den Verbänden, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, nichts als Abfall zu holen ist, weshalb die Tätigkeit in die größeren, unerschöpflichen und ausbreitenden Bereiche verlegt werden soll. Auch daß die Unternehmen die höchsten Forderungen der Arbeiter mit Ungenügen beantworten, und daß den Weg zur Organisation nur die Arbeiter finden, die während des letzten Jahres „Geld“ mehr als sonst verdienen“, dämmert den Christlichen langsam.

Gegen die Vereinsgesetzworlage nehmen die „Christlichen“ energisch Stellung. Öffentlich fallen sie nicht wieder um! Wie schon so oft ihre Herren Professoren vom Zentrum!

„Arbeitscheu!“ Der „Sächs. Arbeiterztg.“ entnehmen wir folgende Gerichtsverhandlung: „Der städtische Tiefbauarbeiter M., der im letzten Jahre bei der Stadt Dresden in Arbeit stand, mußte aussetzen. Er bemühte sich redlich, bis zu einer Wiedereinstellung anderweit Beschäftigung zu finden. Ein und wieder erhielt er einige Tage Arbeit, im übrigen konnte er aber hungern. Schließlich ging er betteln. Er wurde deswegen mit Haftstrafe belegt. Vor einigen Tagen ging es ihm wieder so, und er mußte deswegen im Gerichtssaal auf der Anklagebank Platz nehmen. Der Vorlesende konnte es sich nicht erklären, daß der Mann, der sich früher stets tadellos geführt hat, jetzt so oft bettelt! Der Amtsanwalt hat die Erklärung dafür gefunden: Der Mann ist nur „arbeitscheu!“ Er beantragte Verhaftung und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, damit der „Arbeitscheu“ endlich einmal arbeiten lerne. Das Gericht konnte sich nicht ohne weiteres dazu entschließen, den Mann, der 22 Jahre lang seine Steuern in Dresden bezahlen durfte und sich sonst nichts zuschulden kommen ließ, kurzerhand in das Arbeitshaus zu bringen. Es soll erst beim Tiefbauamt Auskunft darüber eingeholt werden, ob sich der Angeklagte um Arbeit bemüht habe. Der Amtsanwalt beantragte nunmehr Verhaftung des Mannes. Auch das wurde abgelehnt, weil er keine Wohnung hat.“ Wenn von sozialdemokratischer Seite das Wort „Lassennechts“ gebraucht wird, so sind die bürgerlichen Vertreter in der Regel ungemein empört. Wenn man aber die Äußerungen des Vorlesenden und des Amtsanwalts liest, muß man zu der Ueberzeugung kommen, ihnen ist das Arbeiterleben überhaupt unverständlich! Jedenfalls lebt aber dieser typische Fall wieder einmal, daß die Kommunisten sich um Mitbegründer der solchen Verurteilungen machen, wenn sie nicht weitblickende Fürsorge treffen und das Los der städtischen Arbeiter sichern helfen!

Ein fortschrittlicher Arbeiteritag fand am 23. Februar in Essen statt. Nach einem Referat des Parteisekretärs B. Voersch (Freis. Vereinig.) wurden Resolutionen angenommen in welchen u. a. gefordert wird: Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Preußen, Ablehnung des § 7 des Vereinsgesetzes, Ablehnung weiterer indirekter Steuern, Schaffung eines Maximalarbeitstages, Ablehnung des Gesetzentwurfs betr. Arbeitskammern. Ferner soll ein Memorialprogramm geschaffen werden. Endlich hofft man auf Schaffung einer großen liberalen Partei. — In der Aera der Modpolitik ist der fortschrittliche Arbeiteritag um diese letzte Hoffnung wahrlich nicht zu beneiden!

Das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht eine vorläufige Uebersicht der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907. Wie durch Vergleiche mit der Statistik der Generalkommission festzustellen ist, zeigt die amtliche Statistik leider erhebliche Lücken; außerdem ist sie auch nicht ganz tendenzfrei. Immerhin kann als symptomatisch angesehen werden, daß die Auslandsbewegung von 1907 weit hinter der des Vorjahres zurückstand. Einigen haben die Aussperrungen erheblich zugenommen. Die Unternehmer fühlen sich ganz geborgen. Nur durch vermehrte Organisationserfolge können wir ihnen einen Dampfer aufsetzen!

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eidelman. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 10. Vierteljährlich nur 3.— M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 22. Preis pro Heft 25 Pf. pro Quartal 3.25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 4 des 14. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2.60 M.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 4. 25. Jahrgang. Preis der Nr. 10 Pf. bei Vorbezug pro Quartal 65 Pf.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktlberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 5 des 11. Jahrg. Der Klassenkampf des Proletariats. 1. Teil. gewerkschaftliche Kampf. Von P. Carbus. Buchhandlung Vorwärts. Preis 15 Pf.

Das preussische Gewerbe- und Handelsrecht. amtliche jetzt gültige Fassung. Verlag V. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdener Straße 40. Preis 60 Pf.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage. Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW. 68. Preis 20 Pf.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbeamten W. Mannmann, Buchhandlung Vorwärts und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Februar gingen folgende Gelder an Beiträgen ein: Für das 4. Quartal 1907: Chemnitz 109,19 M., Köln a. Rh. 170,33 M., Darmstadt 14.— M., Dresden 504,22 M., Düsseldorf 86,22 M., Eberswalde 10.— M., Galling 0,85 M., Eisenach 82,65 M., Elberfeld 43,80 M., Erfurt 18,61 M., Fürth i. Bayern 186,88 M., Gießen 1,05 M., Gotha 49,61 M., Hürtz i. Bayern 186,88 M., Götting 30,10 M., Halle a. S. 100,30 M., Hamburg 8473,79 M., Hannover 147,49 M., Heilbronn 175,33 M., Heilbronn 8473,79 M., Kiel 321,55 M., Mönchengladbach i. Pr. 527,57 M., Leipzig 716,67 M., Ludwigsb. a. Rh. 118,93 M., Lübeck 33,33 M., Mainz 555,42 M., Mannheim 914,34 M., Nürnberg 142,73 M., Offenbach a. M. 91,83 M., Pforzheim 85,65 M., Rauen 99,25 M., Rosenheim 20.— M., Rott 35,10 M., Tübingen 14,04 M., Sonneberg i. Th. 30,40 M., Schweinfurt 45,80 M., Stuttgart 1860,66 M., Talsheim 30,20 M., Wiesbaden 335.— M., Worms 32,60 M., Würzburg 5,50 M., Zittau 110 M.

Für das 1. Quartal 1908: Heidelberg 12,25 M., Leipzig 600.— M., Mannheim 505 M., München 25.— M., Zittau 100.— M. Für Protokolle: Darmen 0,80 M., Hamburg 5.— M., München 16.— M.

Für Kalender: Varmen 47.— M., Galling 9.— M., Heidelberg 24.— M., Heilbronn 7,50 M., München 125.— M., Worms 8.— M.

Für Mitgliedsbücher-Futterale: Heilbronn 5.— M., München 10.— M.

Für die streikenden Gasarbeiter in Halle a. S.: Markenschein im Gewerkschaftshaus zu Tübingen 18,35 M., Nürnberger Kollegen „Dem frohlichen Zusammenkommen wir der kämpfenden Brüder“ 6.— M., Vuppenabend im Godeborn. Halle a. S. 6.— M., Zerkommung der öffentlichen Versammlung am 31. Januar in Halle 26,40 M.

Ferner gingen ein: Hamburg für Futterale 19,80 M., Abonnementgelder 12.— M., München Fortbuch 3.— M., Zurückgebliebene Gerichtskosten in Tübingen 6,20 M., K. R. Rückzahlung 2.— M., Zurückgebliebene Porto 2,67 M.

Von Einzelmitgliedern:			
Nr. 26 145	1.— M.	Nr. 31 756	1,05 M.
" 30 157	2,80 "	" 31 760	3,25 "
" 30 184	3,50 "	" 31 763	4.— "
" 30 185	4,90 "	" 31 764	3,50 "
" 30 186	4,90 "	" 31 769	4.— "
" 31 766	6,30 "	" 31 771	3,50 "
" 31 767	4,90 "	" 31 797	3,50 "
" 31 715	4,55 "	" 31 798	3.— "
" 31 717	3,25 "	" 31 799	2.— "
" 31 728	9,10 "	" 31 800	3,85 "
" 31 731	4,55 "	" 31 951	4,90 "
" 31 734	6,30 "	" 31 952	7.— "
" 31 735	3,50 "	" 31 966	4,20 "
" 31 736	4,90 "	" 31 975	4,90 "
" 31 738	3,50 "	" 31 976	4,55 "
" 31 740	3,25 "	" 31 980	4,55 "
" 31 741	3,50 "	" 31 201	3,50 "
" 31 751	1,40 "	" 31 203	3.— "
" 31 754	3,50 "	" 31 218	3,50 "
		Nr. 34 225	5,05 M.
		" 34 226	5,05 "
		" 34 227	5,05 "
		" 34 228	5,05 "
		" 34 230	3,50 "
		" 34 231	5,05 "
		" 34 232	5,05 "
		" 34 233	4,70 "
		" 34 234	3,50 "
		" 34 235	3,50 "
		" 34 236	2,10 "
		" 34 237	5,05 "
		" 34 238	3,50 "
		" 34 239	5,05 "
		" 34 240	3,50 "
		Erläuterung	28,70 "
		Landesberg	7,35 "
		Summa	252,10 M.

W. Mannmann, Hauptkassierer.
Um Mißfragen zu vermeiden, bitte ich bei Geldsendungen stets anzugeben, wofür der Betrag ist.
D. D.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Bullgerrit, Berlin † 13. Februar 1908 im Alter von 82 Jahren.	Friedrich Behnke, Hamburg † 23. Februar 1908 im Alter von 36 Jahren.
Gottfried Schäfer, Mainz † 19. Februar 1908 im Alter von 42 Jahren.	Johann Haberger, München † 23. Februar 1908 im Alter von 63 Jahren.
Ernst Hanswald, Dresden † 20. Februar 1908 im Alter von 57 Jahren.	Anna Niederländer, Straßburg † 24. Februar 1908 im Alter von 69 Jahren.
Anton Fischer, Dresden † 21. Februar 1908 im Alter von 65 Jahren.	Friedr. Timmler, Magdeburg † 24. Februar 1908 im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihren Studenten!